Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Bezugspreis im Monat: Abgeholt von der Geschäftsst. RM 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Postbestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg. Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg. behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 283 | Mittwoch, den 12. Oktober 1932 | Jahrgang 1932

Das „neue Reich".

Gestern, am 11. Oktober, war der Jahrestag von Harzburg, der Kundgebung der „nationalen Front", in der Hugenberg neben Hitler und Seldte stand. „Die nationale Front, einig in ihren Parteien, Bünden und Gruppen, von dem Willen beseelt, gemeinsam und geschlossen zu handeln, gibt folgendes kund . ." So begann das Harzburger Manifest, in dem der Rücktritt Brünings und Brauns gefordert und Hindenburg beschworen wurde, dem „stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen" zu entsprechen und „in letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel" herbeizuführen. Wozu pathetisch versichert wurde: „Einig stehen wir zu diesen Forderungen. Geächtet ist jeder, der unsere Front zersetzen will." Diese Front ist längst zersetzt. Die damals „einig in ihren Parteien, Bünden und Gruppen" waren, beschimpfen sich seit zwei Monaten, daß es nur so eine Art hat. Von Aechtung allerdings hat man nichts weiter gehört.

Wenn Hugenberg in einem Artikel zum Jahrestag von Harzburg von einer großen Kette verpaßter Gelegenheiten auf Seiten der Nationalsozialisten spricht, so hat er nicht so unrecht. Mit ihrem „Alles-oder Nichts-Standpunkt" haben die Führer der NSDAP ohne Frage den richtigen Augenblick für sich versäumt. Wie verschiedene Gemeindewahlen in den letzten Wochen zu erkennen gegeben haben und man auch sonst wohl in Gesprächen mit Leuten hören kann, die vor Monaten noch ihre Hoffnung an das Hakenkreuz geknüpft hatten, hat die Partei am 6. November einen starken Stimmen- und Mandatsverlust zu erwarten. Und man ist versucht vom 13. August, wo Hitler an die Macht kommen konnte, zu sagen: Das gab's nur einmal, das kommt nicht wieder. Hugenberg freilich vertritt mit freundlichem Blick auf das Kabinett von Papen die Meinung, daß Harzburg nicht ohne Frucht geblieben, daß vielmehr das seitdem vergangene Jahr auf anderen Wegen die Nation zu den Harzburger Zielen gebracht habe. Damit sei der Weg zu einer besseren Zukunft frei. Es komme nur darauf an, ihn richtig und klar zu gehen.

Was heißt in diesem Falle „richtig und klar"? Bedeutet es einen Verfassungsbruch, wie ihn der deutschnationale Reichstagsvizepräsident Graef in Breslau dem Reichskanzler von Papen zutraute? Allerdings wäre es wünschenswert auch zu erfahren, was der Reichskanzler selber gemeint hat, als er am Sonntag in einem Berliner Ufa-Theater nach Schluß der Vorführung von drei Stahlhelmfilmen, denen er, verschiedene Reichsminister, der ehemalige Kronprinz und andere Hohenzollernprinzen nebst Prinzessinnen beiwohnten, von seiner Loge aus in den Saal rief: „Dreizehn Jahre lang hat der Stahlhelm für die Errichtung und den Aufbau des neuen Reiches gekämpft. Der Stahlhelm soll nicht umsonst gekämpft haben." Der „Vorwärts" behauptet, daß der frühere Kronprinz wiederholt im Gespräch mit politischen Persönlichkeiten erklärt habe, er, Papen, Schleicher und Hindenburg wüßten, was sie wollten und seien sich einig. In einem ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkt würde Hindenburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichswehr, die auf das Reich übergegangene Schutzpolizei und 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Einen neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müßte, zu sterben. Ruppprecht von Wittelsbach sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tage, an dem er (der Exkronprinz) Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donaukönigreiches treten. Die Reichsregierung erklärt, daß es sich bei diesen Behauptungen, die sich übrigens mit schon längere Zeit umlaufenden Gerüchten decken, um ein „reines Phantasieprodukt" handele. Schön und gut, aber welchen Sinn hat dann die Ansprache von Papens? Was soll es bedeuten, daß der Stahlhelm nicht dreizehn Jahre umsonst gekämpft haben soll, der Stahlhelm, der doch ganz bekannte politische Ziele hat, und wie ist der verständnisvolle, in der deutschnationalen Presse hervorgehobene Jubel der in dem Ufa-Theater Versammelten zu deuten, der dem dreifachen „Frontheil" folgte, mit dem der Reichskanzler seine spontane Ansprache schloß? Wie will er das „neue Reich" schaffen, von dem er auch gestern in München wieder in seinen verschiedenen Reden sprach?

Das „neue Reich", das dem Stahlhelm vorschwebt, ist auf verfassungsmäßigem Wege nicht zu erreichen, und in München, in der Bayrischen Volkspartei, stellt man sich unter dem „neuen Reich" doch noch wieder etwas anderes vor, als es der Stahlhelm tut. Im neuen Reichstag aber, mit dessen Zustimmung die Reichsreform zustande kommen müßte, wenn sie nicht mehr allzu sehr auf die lange Bank geschoben werden und verfassungsmäßig zustande kommen soll, wird schwerlich die notwendige Zweidrittelmehrheit vorhanden sein, die für jede Verfassungsänderung erforderlich ist, wie es die Reichsreform nach den Ankündigungen von Papens und von Gayls sein würde. Uns scheint, daß es eine sehr begründete Neugierde ist, wenn man erfahren möchte, welche konkreten Pläne und Durchführungsabsichten hinter den vagen Andeutungen und der zur Schau getragenen Zielsicherheit stecken. Dementis, die die Reichsregierung täglich wohl ein halbes Dutzend in die Redaktionsstuben gelangen läßt, genügen in diesem Falle nicht mehr, sie verstärken nur die große politische Unruhe, die unsere Tage beherrscht.

Die unbeachteten Voraussetzungen der Reichsexekution.

Der zweite Tag des Staatsgerichtshof-Prozesses gegen das Reich.

Anschütz über Artikel 48.

+ Leipzig, 11. Oktober.

Das Interesse der Oeffentlichkeit an dem Streitverfahren zwischen Preußen und dem Deutschen Reich bekundete sich auch heute durch den starken Andrang von Publikum und Presse. Auch in der heutigen Verhandlung sah sich Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke veranlaßt, die Verhandlungsparteien zu bitten, persönliche Momente aus der Debatte zu lassen.

Ministerialdirektor Dr. Brecht gab bei Verhandlungsbeginn eine Erklärung ab, in der er betonte, die preußischen Minister außer den abberufenen Ministerpräsidenten Braun und Innenminister Severing

würden es im Interesse des Landes nicht abgelehnt haben, mit dem Reichskommissar, jeder für sein Ressort, ebenso zusammenzuarbeiten, wie es jetzt die Staatssekretäre tun, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsverwahrung.

In diesem Sinne hätten sich mehrere der Minister bereits in der Frühe des 20. Juli geäußert. Brecht erklärte namens des Ministerpräsidenten Braun, daß die Behauptung, dieser habe sich dadurch befriedigt erklärt, daß sein Gehalt voll weiter gezahlt würde, unwahr ist.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner meinte gegenüber den Ausführungen Dr. Brechts über die Bereitschaft der Minister zur Mitarbeit mit dem Reichskommissar, daß diese Darlegungen keine völlige Klärung im Sinne einer Bejahung der gestrigen Frage des Vorsitzenden bedeuten könnte; denn Herr Brecht habe nur von der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit der Minister für die einzelnen Ressorts gesprochen, was ungenügend wäre.

Was die Gehaltszahlungen anlangt, so habe ich, betonte Dr. Gottheiner, gestern erklärt, der preußische Ministerpräsident habe alsbald nach der Eröffnung, daß er von der Ausübung der Obliegenheiten seines Amtes entbunden sei, eine Feststellung nach der Richtung treffen lassen, wie es denn wohl mit seinem Gehalt wäre. Daß diese Anfrage auf Veranlassung der Rechtsvertretung des Ministerpräsidenten erfolgte, war mir nicht bekannt.

Mir wurde mitgeteilt, daß der Ministerpräsident sich dem Büro des Staatsministeriums gegenüber sehr befriedigt darüber ausgesprochen habe, daß das Gehalt voll gezahlt würde.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke betonte, er sei überzeugt, daß es Ministerialdirektor Gottheiner ferngelegen habe, Andeutungen zu machen, als sei die Gehaltsfrage für den Ministerpräsidenten Braun das einzig Wesentliche an der ganzen Sache und daß auch er der Meinung sei, daß bei einer Persönlichkeit wie dem Ministerpräsidenten Braun eine derartige Unterstellung nicht am Platze wäre (Ministerialdirektor Gottheiner nickt bejahend).

Präsident Dr. Bumke bemerkte weiter zu den verschiedenen Zeugenbenennungen,

dem Staatsgerichtshof fehle, auch wenn er noch so souverän sei, die prozessuale Berechtigung, Parteien wie z. B. den Minister Severing, den Reichskanzler v. Papen, als Zeugen zu vernehmen.

Was die Beziehungen zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten betreffe, scheine es kaum bestreitbar zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung v. Papen und den Nationalsozialisten darin bestand, daß mit der preußischen Regierung Schluß gemacht werden müsse. Er zweifle daran, ob eine Zeugenvernehmung in diesem Punkte weiterführen würde. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn die Behauptungen, über die die Zeugen vernommen werden sollen, in sehr präziser Form vorgetragen werden.

Professor Dr. Heller, der Vertreter er sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags, präzisierte das Beweisthema für die Zeugenvernehmung dahin, daß von vornherein die Regierung v. Papen mit der NSDAP. Abmachungen über die Beseitigung der preußischen Regierung getroffen habe. Mit der Ladung maßgebender Mitglieder des Herrenklubs soll bewiesen werden, daß von einer unabhängigen und unparteiischen Regierung, die nur die Bürgerkriegssituation bekämpfen wollte, gar keine Rede sein könne, daß vielmehr klare parteipolitische Abmachungen bestanden.

Ministerialdirektor Dr. Badt erklärte, daß die Beseitigung der preußischen Regierung nur der Schlußstein eines Planes sei, der seit zehn Jahren in Kreisen des Reichswehrministeriums besprochen worden sei und der auch Lieblingsplan des Generals von Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich-Preußen mit Hilfe des Artikels 48 zu beseitigen.

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gottheiner erklärte dazu u. a.: Ich habe bereits gestern gesagt, daß die Reichsregierung durch keinerlei Abmachungen oder Abkommen zu einem Einschreiten gegen Preußen sich verpflichtet hatte.

Ich muß heute nochmals namens der Reichsregierung erklären, daß sie sich in freier und verantwortungsbewußter Entscheidung zu dem entschlossen hat, was am 20. Juli geschehen ist.

Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbotes, die Wiederzulassung der SA-Truppen und die Wiedergewährung politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen. Der Entschluß der Reichsregierung zum Vorgehen gegen Preußen wurde bekräftigt, als Minister Severing in den Tennishallen in Berlin ausrief: „Jagen wir die Reichsregierung davon!" Insbesondere waren aber für die Entscheidung der Reichsregierung die unglaublichen Ereignisse in Altona am 17. Juli maßgeben. Ich muß mit aller Energie gegen die Unterstellung protestieren, als ob nicht die Erwägung zur Schaffung von Ruhe und Ordnung für die Reichsregierung in entscheidendem Umfange maßgeben gewesen wäre.

Nach einem Einwurf Dr. Brechts betonte der Reichsgerichtspräsident, es sei kein Zweifel, daß Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und der neuen Reichsregierung nahestehenden Persönlichkeiten damals stattgefunden hätten, und daß sich daran gewisse Erwartungen der Nationalsozialisten geknüpft hätten.

Prof. Heller wandte sich gegen das Dementi des Ministerialdirektors Gottheiner, wonach die Reichsregierung keine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über das Vorgehen gegen Preußen gepflogen habe. In dieser Form wäre auch die Behauptung gar nicht aufgestellt. Nicht die Reichsregierung in corpore, wohl aber einzelne Reichsminister hätten entsprechende Verhandlungen mit Verabredungen geführt.

Damit war die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge vor dem 20. und am 20. Juli beendet.

Präsident Bumke wies darauf hin, daß innerhalb der Verhandlung der tatsächlichen Vorgänge nunmehr geprüft werden soll,

was durch die Verordnung vom 20. Juli entstanden

sei.

In seinem einleitenden Vortrag zu dem neuen Verhandlungsabschnitt erklärte Dr. Brecht u. a., aus verschiedenen Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung zur Verordnung ergebe sich eindeutig, daß es der Reichsregierung auf eine endgültige Absetzung und Beseitigung der Mitglieder des Kabinetts Braun angekommen sei. Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Absetzung garnicht befugt sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung der Amtsausübung zu sprechen. Dr. Brecht schilderte dann,

daß der Reichskommissar sofort nach seiner Einsetzung 34 preußische Beamte zur Disposition gestellt und 10 Beamte zwangsweise beurlaubt habe. Daß es sich dabei nicht lediglich um Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit handele, ergebe sich u. a. daraus, daß auch überparteiliche und anerkannte Sachverständige gehen mußten.

Besonders wandte sich Dr. Brecht dagegen, daß noch vor kurzem der Reichskommissar die endgültige Ernennung z. B. des Staatssekretärs im Staatsministerium vollzogen habe, der auch Reichsratsvertreter sei. Gerade die Frage der Vertretung des Landes im Reichsrat gehöre zu den strittigsten Dingen des jetzigen Streites vor dem Staatsgerichtshof. Dieses Vergehen bedeute daher eine Vorwegnahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofs. Da unsere Sorge nicht behoben

Erklärungen Brauns und Severings.

Severing und die Einsetzung des Reichskommissars.

— Berlin, 11. Oktober.

Minister Severing, der gestern in Zwickau in einer Wählerversammlung sprach, hat einem Vertreter der „Vossischen Zeitung" gegenüber mit Bezug auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner, daß er dem Reichsinnenminister von Gayl die Einsetzung eines Reichskommissars selbst empfohlen habe, folgendes erklärt:

„Ich habe niemals Herrn von Gayl zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näher zu bringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichskanzler Brüning erörtert worden ist: In einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber andererseits im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen. Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn von Gayl veröffentlicht, als Gerüchte imgange waren, daß das Reichsinnenministerium die preußische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn von Gayl gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr von Gayl hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preußische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn von Gayl nicht gehabt.

*

Ministerpräsident Braun an den Reichsgerichtspräsidenten.

— Berlin, 11. Oktober.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat an den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, den Reichsgerichtspräsidenten Bumke, folgendes Schreiben gerichtet:

Aus Zeitungsberichten über die Verhandlung der Verfassungsstreitsache Preußen gegen das Reich ersehe ich, daß in der Verhandlung am 10. ds. Mts. der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Gottheiner, inbezug auf meine Person die Behauptung aufgestellt hat, ich hätte auf die Gewährung der vollen Bezüge sehr großen Wert gelegt, mich bald nach der Enthebung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und mich sehr befriedigt erklärt, als mir die Antwort wurde, daß ich meine Bezüge weiter erhalten würde. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum ersucht. Auch habe ich niemals meine Befriedigung über die erfolgte Regelung geäußert. Im Gegenteil finde ich es höchst unbefriedigend, auf die Dauer für mich geradezu unerträglich, daß ich meine vollen Bezüge als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gewaltsam gehindert werde, meine Amtsgeschäfte wahrzunehmen.

Oskar Daubmann als Schwindler entlarvt

Fingerabdrücke verrieten ihn.

)(Freiburg, 11. Oktober.

In der Angelegenheit des Oskar Daubmann aus Endingen scheint eine sensationelle Wendung eingetreten zu sein. Im Verlaufe der letzten Zeit haben sich mehrere Persönlichkeiten bei den behördlichen Stellen gemeldet, darunter ein ehemaliger Fremdenlegionär aus Essen, dem Oskar Daubmann am Montag abend in Endingen gegenübergestellt wurde. Im Verlaufe der weiteren Feststellungen wurde Daubmann heute vom Landespolizeiamt Karlsruhe gesucht, da sein Aufenthaltsort nicht bekannt war. Daubmann befand sich auf einer Vortragsreise, konnte aber ermittelt und zur Vernehmung auf die Polizeidirektion Freiburg (Breisgau) gebracht werden. Ueber diese Vernehmung durch die Beamten des Polizeiamtes Karlsruhe ist amtlich noch nichts mitgeteilt worden. Ueber ihr Ergebnis wurde auch an amtlichen Stellen jede Auskunft verweigert. Diese Verweigerung amtlicher Stellen beruht darauf, daß das Protokoll über die heute abend erfolgte Vernehmung Daubmanns noch nicht in Karlsruhe vorliegt und die Freiburger amtlichen Stellen eine Auskunft ohne Vollmacht der Karlsruher Stellen verweigern. Jedenfalls dürfte mit größter Sicherheit feststehen, daß die Vernehmung die Unrichtigkeit der Angaben Daubmanns ergeben hat. Es wird sogar angedeutet, daß Oskar Daubmann garnicht der wirkliche Oskar Daubmann ist, sondern ein Schwindler, der es verstanden hat, viele zu täuschen. Das Gerücht, daß Daubmann in Polizeigewahrsam genommen wurde, ist gleichfalls nicht amtlich bestätigt, dürfte aber zutreffen. Jedenfalls haben die verschiedenen Gegenüberstellungen Daubmanns mit anderen Persönlichkeiten ihn außerordentlich schwer belastet. Ein besonderes Beweisargument dafür, daß Daubmann nicht Oskar Daubmann sein soll, sollen auch Fingerabdrücke sein, die bezüglich der wirklichen Person Daubmanns gewisse Schlüsse zulassen.

Es verlautet von anderer Seite, daß eine neuerliche Vernehmung Daubmanns mit seinem Geständnis geendigt haben soll. Der wirkliche Daubmann sei tot.

ist, so sagt Dr. Brecht, halten wir es für nötig, daß der Staatsgerichtshof durch einstweilige Verfügung bestimmt, daß vorläufig weitere Ernennungen unterbleiben. Vielleicht findet aber der Präsident des Staatsgerichtshofes, um eine Verzögerung des Verfahrens zu vermeiden, einen anderen Weg, um festzustellen, daß es nicht nötig wäre, eine solche Verfügung zu erlassen. Auch aus der Verordnungspraxis der kommissarischen Regierung, insbesondere auch dem Erlaß der Badener Verordnung, die mit sofortiger Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nichts zu tun habe, sondern erst im nächsten Jahre aktuell werde,

zog Dr. Brecht den Schluß, daß der Reichskommissar seine Befugnisse überschreite.

Ministerialdirektor Gottheiner erklärte u. a. über die Frage, was denn die kommissarische Regierung sei, folgendes: Durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 sind gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung besonders geartete Ersatzorgane für den preußischen Ministerpräsidenten, die preußischen Staatsminister und damit das preußische Staatsministerium vom Reiche auf vorübergehende Dauer und unter Vorbehalt des Widerrufs zur Ausübung der Landesgewalt bestellt worden. Dadurch, daß diese Ersatzorgane ihre Befugnis von reichsrechtlicher Grundlage ableiten, ergeben sich einige Modifikationen. Die Ersatzorgane handeln im Namen des Landes.

Die Unterhaltung zwischen Severing und Gayl über den Reichskommissar.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung verlas Dr. Brecht die (an anderer Stelle wiedergegebene) Erklärung des Ministers Severing gegenüber der Behauptung, daß er, Severing, beim Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl selbst die Einsetzung eines Reichskommissars für notwendig erklärt habe.

Demgegenüber verlas Ministerialdirektor Dr. Gottheiner folgendes Telegramm, das Reichsinnenminister von Gayl ihm übersandt hat: „Etwa Mitte Juni d. J. hatte ich mit Herrn Minister Severing in dessen Amtszimmer eine Unterredung über schwebende polizeiliche Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Severing das Gespräch auf die damals in der Oeffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Ueber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im Einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, daß es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Maßnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preußen handelte. Bei dem Gespräch erklärte Minister Severing, er habe sich an dem Geschrei über die angeblich bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nicht beteiligt, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht werde umgehen lassen. Im weiteren Verlauf des Gespräches äußerte Minister Severing mit Bezug auf die Einsetzung des Reichskommissars: „Warten Sie nicht mehr lange ab."

Dr. Gottheiner verlas dann Zahlenmaterial zum Nachweis dafür, daß das Kabinett Braun sowohl nach der Landtagswahl wie auch nach seiner Rücktrittserklärung, als es nur noch geschäftsführende Regierung war, eine größere Zahl von Ernennungen zu höheren Beamtenpositionen vom Regierungsrat bis zum Oberpräsidenten vollzogen habe.

Ministerialdirektor Dr. Brecht führte aus, die Erklärungen der Minister Severing und von Gayl über ihre Unterhaltung wegen des Reichskommissars schienen im diametralen Gegensatz zu stehen. Da er aber von keinem der beiden annehme, daß er nicht die Wahrheit sage, müsse es etwas geben, was aus den Erklärungen nicht ersichtlich sei.

Reichsgerichtspräsident Bumke meinte, wenn Severing tatsächlich der Einsetzung eines Reichskommissars zugestimmt haben sollte,

dann würde nicht ersichtlich sein, warum die Reichsstellen nicht, ehe sie am 20. Juli die Maßnahmen durchführten, mit Severing Fühlung nahmen,

da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Wunsches von Severing gehandelt haben würde.

Artikel 48 und die bundesstaatliche Gliederung des Reiches.

Es begann dann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der bundesstaatlichen Gliederung des Deutschen Reiches ergeben.

Staatsrat Jan, der Vertreter Bayerns, erhielt dann das Wort zu grundlegenden Ausführungen, wobei er u. a. erklärt: Bayern hat sich der preußischen Klage angeschlossen, weil es wünscht, daß die Frage, über die die bayerische Regierung mit der Reichsregierung im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Preußen nicht übereinkommen konnte, von dem berufenen Organ, dem Staatsgerichtshof geklärt werde. Staatsrat Jan erklärte, daß nach seiner Auffassung eine Reichskommissariatsregierung keine Landesregierung sei.

In einem Lande könne nur eine Landesregierung existieren, nicht aber eine Reichskommissariatsregierung. Dementsprechend könnten auch die Länder im Reichsrat nur durch Vertreter ihrer Landesregierungen und nicht durch Vertreter von Reichskommissaren vertreten werden.

Für die badische Regierung schloß sich Ministerialdirektor Dr. Fecht im wesentlichen den Ausführungen des bayerischen Vertreters über die Eigenstaatlichkeit der Länder an, die erhalten werden müsse.

Der juristische Vertreter der bayerischen Regierung, Prof. Nawiasky-München, behandelte sodann eingehend die Rechte und Pflichten des Reiches und die Rechte und Pflichten der Länder.

Der Vorsitzende teilte mit, daß Ministerialdirektor Dr. Schütze den Auftrag erhalten habe, den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar vor dem Staatsgerichtshof zu vertreten.

Die Voraussetzungen einer Reichsexekution.

Es wurde dann die Frage untersucht, welche Voraussetzungen gegeben sein müßten, wenn das Reich den Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung anwenden, d. h. die Reichsexekution gegen ein Land durchführen wolle.

Dazu äußerte sich zuerst als Mitglied der preußischen Delegation der bekannte Verfassungskommentator Prof. Anschütz-Heidelberg. Er sagt u. a.:

Die Weimarer Verfassung ist nicht so auszulegen, wie die jeweilige politische Situation es fordert, sondern wie sie gemeint ist. Zu Artikel 48 Absatz 1 betonte Anschütz,

Voraussetzung einer Reichsexekution sei, daß das betreffende Land seine Pflicht gegenüber dem Reich bezw. den Reichsgesetzen verletzt habe.

Die bloße Tatsache der Heterogenität der inneren Politik eines Landes zu der des Reiches könne niemals den Tatbestand der Pflichtverletzung erfüllen.

Professor Anschütz betonte: Wir sind nun einmal Bundesstaat und haben damit das Selbstbestimmungsrecht der Länder. Das ist von der Reichsverfassung stillschweigend gewollt. Wenn ich auch mit Professor Bilfinger einig bin, daß der Länderparlamentarismus häufig zu Mißbräuchen geführt hat,

so will doch die Reichsverfassung nicht nur den Bundesstaat, sondern die parlamentarische Demokratie. Damit muß sie auch gewisse Schattenseiten dieser Institution wollen. Wenn die Schattenseiten aktuell werden, darf man nicht sagen, daß das eine Widersetzlichkeit sei, die die Reichsexekution erfordere.

Anschütz untersuchte dann die Frage, ob die Feststellung der Pflichtverletzung eines Landes nicht eine Ermessensfrage des Reichspräsidenten sei, die der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof entzogen wäre. Sollte diese Frage auftauchen, dann erkläre er: **Der Staatsgerichtshof kann und darf der Entscheidung und Beantwortung über die konkrete Frage, ob im vorliegenden Falle das Land Preußen sich einer Verletzung der ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten habe zuschulden kommen lassen, nicht ausweichen. Aus dem Wesen des Rechtsinstrumentes der Reichsexekution ergibt sich jedenfalls als notwendig, daß in irgendeiner Form unter Belassung einer, wenn auch noch so kurzen Erklärungsfrist dem betreffenden Lande die Mitteilung gemacht wird, daß die Reichsregierung gegen die Landesregierung einschreiten wolle, und daß das Land Gelegenheit erhalte, zu erklären, ob die behaupteten Verfehlungen richtig seien.**

Die Exekution sei eine Zwangsvollstreckung und Zwangsvollstreckungen erforderten den vollstreckbaren Titel. Der könne aber nur darin liegen, daß irgendwie festgestellt wird: Hier liegt eine Pflichtverletzung vor und das betreffende Land weigert sich, den Zuständen abzuhelfen. In der Tatsache, daß gegen Preußen ohne vorherige Mitteilung vorgegangen sei, liege ein so erheblicher Verfahrensmangel, daß daraus der Gerichtshof zur Zurückweisung der Verordnung kommen müsse.

Professor Dr. Carl Schmitt, der von der Reichsregierung gestellte Staatsrechtslehrer, verbreitete sich in seiner Erwiderung auf die Ausführungen Anschütz über den Begriff „Exekution". Exekution und Ausnahmezustand könnten kaum unterschieden werden.

Professor Heller setzte die Voraussetzungen für eine Exekution auseinander. **Die erste Voraussetzung sei, daß die berufenen vertretungsberechtigten Organe des Landes eine Pflicht gegenüber dem Reich verletzt haben. Das Reich habe sich an die zuständigen Zentralbehörden des Landes zu wenden und erst, wenn diese keine Abhilfe schaffen oder sich weigern, wäre die Möglichkeit zu einer Exekution gegeben.**

Professor Peters äußerte sich zu den Pflichten der Länder gegenüber dem Reich.

Professor Giese betonte die Notwendigkeit des Vorliegens des Verschuldens als Tatbestandsvoraussetzung.

Der bayerische Vertreter Staatsrat Jahn bezeichnet es vom bundesstaatlichen Gesichtspunkt aus betrachtet als notwendig, daß vor einer Exekution sogar der Staatsgerichtshof angerufen werden müsse.

In der nächsten Sitzung am Mittwoch werden die Vertreter des Reiches nochmals das Wort zu diesen Fragen nehmen.

Herriot-Plan gegen MacDonald-Plan.

Schlechte Aussichten für London.

Von unserer Berliner Redaktion.

() **Berlin, 11. Okt.** (Drahtb.)

Ueber die Aussichten der Londoner Gleichberechtigungskonferenz kann man, je mehr man nähere Einzelheiten über die Haltung der französischen Regierung erfährt, sich kaum großen Erwartungen hingeben. Die französische Regierung hat sich beeilt, den Plan des englischen Ministerpräsidenten, zwischen Frankreich und Deutschland ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage zu vermitteln, dadurch zu durchkreuzen, daß sie einen Gegenplan aufstellt, der eine schnelle Einigung in London als in höchstem Grade unwahrscheinlich erscheinen lassen muß.

Das Kernstück des englischen Vorschlages scheint nach allem, was man in Berliner unterrichteten Stellen erfährt, die Zuerkennung der Rechtsgleichheit für Deutschland in militärischer Hinsicht zu sein. Deutschland soll als Gegenleistung sein Einverständnis dadurch erklären, daß es durch die Einführung der ihm bisher verbotenen Waffen seinen Mannschaftsstand nicht vermehrt. Die anderen Mächte sollen zu fühlbaren „Abrüstungsbestrebungen" angehalten werden.

Gleichzeitig soll ein zeitlich unbegrenzter politischer Waffenstillstand herbeigeführt werden: Deutschland soll sich verpflichten, keinerlei Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verlangen.

Diese Bedingungen des englischen Vermittlungsvorschlages bedeuten vom deutschen Standpunkt aus gesehen schon eine schwere Belastung der Londoner Konferenz von vornherein. Aber die Franzosen sind trotzdem offenbar darauf bedacht, weitere erhebliche Hindernisse aufzutürmen.

Der Gegenentwurf Frankreichs verlangt u. a. ein allgemeines Rüstungsabkommen, ferner einen regionalen Beistands-, Sicherheits- und Kontrollpakt, der sich an das Völkerbundsstatut und den Locarnovertrag anschließen soll, weiter ein Protokoll über die Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung, und schließlich greift der französische Vorschlag auch noch auf den Plan der Bildung einer internationalen Wehrmacht zurück. Es ist aus der Aufzählung dieser französischen Gegenvorschläge schon ersichtlich, daß

die französische Regierung bestrebt ist, die Londoner Konferenz durch die Aufrollung so zahlreicher sachlicher Fragen, die mit der Gleichberechtigung Deutschlands nur in einem lehrlosen Zusammenhang stehen, von vornherein zu belasten.

Der französische Ministerpräsident Herriot wird die genannten Forderungen der französischen Regierung bereits in seiner Unterredung mit dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald zum Gegenstand der Aussprache machen, offenkundig in der Absicht,

der von England beabsichtigten Einladung des deutschen Außenministers noch vor dem Zusammentreten der Londoner Konferenz Schwierigkeiten zu bereiten.

Das Verhalten der französischen Regierung ist deshalb so bemerkenswert, weil sie in ganz einwandfreier Weise den Beweis dafür bringt, daß Frankreich es ist, welches es sich angelegen sein läßt, die Bemühungen der englischen Regierung, eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen, von vornherein zu durchkreuzen.

Der Staatsbesuch des Reichskanzlers in München.

Reden über das „neue Reich".

:: **München, 11. Oktober.**

Reichskanzler v. Papen traf heute früh mit seiner Begleitung im Münchener Hauptbahnhof ein. Ministerpräsident Dr. Held begrüßte den Kanzler beim Verlassen des Salonwagens herzlich und stellte ihm die zum Empfang erschienen Herren vor. Der Kanzler begab sich hierauf im Kraftwagen, begleitet vom Ministerpräsidenten zum Haus des Ministerpräsidenten, wo er Wohnung nahm.

Bei dem folgenden Besuch des Reichskanzlers beim bayrischen Gesamtministerium stellte Ministerpräsident Dr. Held im Ministerium des Aeußeren die Minister und Staatsräte vor. Dann führte der Ministerpräsident u. a. aus: „Mit dem Besuch bei der bayrischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbständigkeit der Länder gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, Fühlung zu nehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Daß Sie selbst, hochverehrter Herr Reichskanzler, diesem Gedanken Ausdruck verleihen möchten, in diesem Sinne entbiete ich Ihnen im Namen der bayrischen Staatsregierung den herzlichen Willkommgruß."

Reichskanzler v. Papen dankte für die freundlichen Worte und erklärte: Mein Besuch soll mehr sein als eine formale Höflichkeit; er soll sein ein Symbol dafür, daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit wir nur dann zu den großen gemeinsamen Zielen weiterschreiten können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wieder herstellen, wie sie einstens gewesen ist. Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen.

Bei einem sich anschließenden Presseempfang erklärte der Reichskanzler, die Regierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bewußt auf föderalistischem Standpunkt stehe.

Vom Ministerium des Aeußeren begab sich der Reichskanzler nach dem Landtag zum Besuch des Landtagspräsidenten, wo abermals Ansprachen gehalten wurden. Der Reichskanzler erklärte dabei, daß die Belange Bayerns in Berlin immer ein offenes Ohr finden würden. Es werde nie vergessen werden, was die Länder und speziell Bayern dem Reiche geleistet haben.

Dann stattete der Reichskanzler der Münchener Stadtverwaltung im Rathaus einen Besuch ab, wobei er auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Scharnagl erneut versicherte, die Reichsregierung sei sich bewußt, daß nur mit vereinten Kräften das neue Reich gebaut werden könne. Mittags 12,30 Uhr begab sich der Kanzler zum Gefallenen-Denkmal, wo er einen Lorbeerkranz niederlegte. Es folgte ein Besuch bei dem päpstlichen Nuntius sowie bei Kardinal Faulhaber.

Heute mittag gab Ministerpräsident Dr. Held ein Frühstück im kleinen Kreise. Der Nachmittag war einem Ausflug vorbehalten, der die Gelegenheit zu dem vorgesehenen politischen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und der bayerischen Staatsregierung bot. Am Abend folgte im Hause des Ministerpräsidenten ein großer Empfang, an dem die Angehörigen des diplomatischen Korps, dem Landtagspräsidenten, die Mitglieder des Landtages, die Spitzen der Behörden, die Reichswehrkommandanten, zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten der Politik, der Wirtschaft und Kunst teilnahmen.

Dr. Held verwies in einer Ansprache an den Kanzler darauf, daß in der heutigen ernsten Zeit jede Regierung auf den guten Willen des Gesamtvolkes angewiesen sei. Fehle dieser gute Wille, dann sei das Regieren außerordentlich schwer und der Erfolg innen- und außenpolitisch sehr zweifelhaft. Es bestünde alle Veranlassung, daß alle Deutschen gemeinsam zusammenstehen und dazu mithelfen, daß innen- und außenpolitisch wieder bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten.

Reichskanzler von Papen erklärte, der Besuch in München sei mehr als ein formaler Akt. Es solle zum Ausdruck bringen, daß die großen und schweren Aufgaben, die vor uns liegen, nur gelöst werden können, im Zusammenwirken von Reich und Ländern. Wenn die Reichsregierung die wertvollen Kräfte, die in den Ländern gewachsen seien, hinter sich zu bringen vermöge, dann könne der Weg in die Zukunft mit Vertrauen beschritten werden. Der Reichskanzler gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Tal der Krise, das wir beschreiten, bald überwunden werden möge und daß der Weg den Berg hinangehen möge, damit die junge deutsche Generation einer besseren Zukunft entgegengeführt werden könne.

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" widmet dem „föderalistischen Reichskanzler" wegen seiner Worte über den Wert der deutschen Länder einen freundlichen Artikel.

Auswärtiger Ausschuß wirft Reichsregierung Verfassungsverletzung vor.

Kein Vertreter der Regierung erschienen.

:: **Berlin, 11. Oktober.**

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Frick (NS) zusammen, um über Lausanne, Abrüstung und Völkerbundstagung zu beraten. Von der Regierung war kein Vertreter erschienen. Auch die Deutschnationalen nahmen an der Sitzung nicht teil. Alle übrigen Fraktionen hatten Vertreter entsandt; auch die Sozialdemokraten hatten vor der Ausschußsitzung beschlossen, an der Sitzung teilzunehmen. Für das Zentrum war nur der Abgeordnete Bell als Beobachter erschienen. Auch die Nationalsozialisten hielten vor der Ausschußsitzung noch eine längere interne Beratung ab.

Zu Beginn der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses gab der Vorsitzende Kenntnis von dem Schreiben, in dem er den Reichsaußenminister zu der Sitzung eingeladen habe sowie von der Antwort des Reichsaußenministers, in der dieser darauf hinweise, daß die Völkerbundstagung noch nicht beendet sei, daß er aber auch sonst nicht im Ausschuß erscheinen könne, solange nicht die bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt sei. In der anschließenden Geschäftsordnungsdebatte wurde von verschiedenen Fraktionen der Standpunkt vertreten, daß eine sachliche Aussprache über die Beratungspunkte ohne Anwesenheit der Reichsregierung nicht dem Sinn und Zweck des Auswärtigen Ausschusses entsprechen würde.

Am Schluß der Beratung wurde folgender Antrag Dr. Frick (NS), Dr. Bell (Z) und Graf Quadt (BVp.) angenommen:

„In der auf heute anberaumten neuen Sitzung mit der Tagesordnung: Bericht über die Lausanner Verhandlungen; Abrüstungsfrage, Bericht über die Völkerbundstagung hat die Reichsregierung wiederum ihr Erscheinen abgelehnt. Das verfassungswidrige Verhalten der Reichsregierung wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß sie sich einerseits mit scharfer Betonung berufe auf die Reichsverfassung, um daraus die uneingeschränkte Ausübung aller verfassungsmäßigen Rechte einer vollberechtigten Regierung für sich herzuleiten, daß sie andererseits aber ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Volksvertretung sich entzieht. Die Reichsregierung hat sich also durch ihre erneute grundlose Weigerung, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, eines wiederholten Verfassungsbruchs schuldig gemacht. Dem neuen Reichstag bleibt es vorbehalten, daraus die verfassungsmäßigen Folgerungen zu ziehen. Die Weigerung der Reichsregierung, dem Auswärtigen Ausschuß Rede und Antwort zu stehen, bedeutet aber auch eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reichs, da die Reichsregierung damit vor aller Welt beweist, daß sie nicht den Mut findet, für ihre von schweren Mißerfolgen in Lausanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen und eine Unterstützung im Volk und in der Volksvertretung zu suchen.

Ihre außenpolitischen Aktionen entbehren deshalb von vornherein des nötigen Gewichts. Das Wohl der Nation verlangt gebieterisch die alsbaldige Beendigung dieses verderblichen und verfassungswidrigen Zustandes."

Für diesen Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die Sozialdemokraten, die dazu erklärten, es sei eine eigenartige Feier des Harzburger Tages, daß die Sozialdemokraten in die Lage versetzt würden, einem von den Nationalsozialisten gegen eine sogenannten nationale Regierung eingebrachten Antrag zuzustimmen. Die Kommunisten erklärten, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen würden.

Die Alten Herren des Corps Saxonia.

× **Berlin, 11. Oktober.**

In der Presse der NSDAP. wird die Nachricht verbreitet, daß unter den vom kommissarischen preußischen Staatsministerium in letzter Zeit vollzogenen Beamtenernennungen sich vier Herren befinden, die, wie der Reichsinnenminister, der Altherrenschaft des Corps Saxonia zu Göttingen angehören und daß diese Ernennungen auf den Reichsinnenminister zurückzuführen seien. Demgegenüber wird offiziös versichert, daß der Reichsinnenminister mit den Personalveränderungen in Preußen nichts zu tun habe. Auf die Ernennung der vier Herren sei weder unmittelbar, noch irgendwie mittelbar ein Einfluß durch den Reichsinnenminister ausgeübt worden. Aber auffällig bleibt das Avancement der vier Göttinger Saxonen nach dem Vorantritt ihres Corpsbruders Freiherrn von Gayl gleichwohl.

Gronau gerettet.

Das Flugzeug unbeschädigt.

:: **Berlin, 11. Oktober.**

In einem hier eingetroffenen Funkspruch teil Wolfgang v. Gronau mit, daß das Flugboot im Schlepp der „Caragola" heute früh in Rangun eingetroffen ist. Die Besatzung sei wohlauf, die Maschine in bester Verfassung. Er hoffe, recht bald weiterfliegen zu können. — Aus diesem Funkspruch geht hervor, daß alle Nachrichten, die von einem Leckspringen des Flugbootes wissen wollten, jeder Begründung entbehren. Der Dornier-Wal hat vielmehr die Zwischenlandung auf offener See trotz des starken Wellenganges gut überstanden.

Kleine Nachrichten.

Reichskanzler von Papen beabsichtigt, dem Vernehmen nach sich auf der am 24. Oktober in Berlin stattfindenden Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerkes über die Stellung der Regierung zu den Fragen des Handwerkes zu äußern.

Die für Mittwoch abend angesetzte Kundgebung der NSDAP im Berliner Sportpalast, in der neben Dr. Goebbels der Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, sprechen sollte, ist vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden. Das Verbot wird damit begründet, daß von nationalistischer Seite in der letzten Zeit seit Beginn des Wahlkampfes zahlreiche Versammlungen politisch Andersdenkender mit dem Ziele der Sprengung gestört wurden.

Der „Angriff" veröffentlicht das Schreiben von Dr. Goebbels an die Deutschnationalen, in dem er die Aufforderung annimmt, in einer deutschnationalen Versammlung als Diskussionsredner zu sprechen. Wie der „Lokalanzeiger" mitteilt, kommt hierfür wahrscheinlich eine deutschnationale Versammlung am 19. Oktober in Frage, in der die Abgeordneten Schmidt-Hannover und Steuer sprechen werden.

Der von der Bayerischen Staatsregierung eingesetzte Staatskommissar von Coburg hat die für nächsten Sonntag geplanten nationalsozialistischen Veranstaltungen mit Ausnahme der Kundgebung, bei der Hitler die Ehrenbürgerurkunde von Coburg überreicht wird, verboten.

Aus Münster und dem Münsterland.

Herberner Mordprozeß am 4. November.

△ **Münster**, 11. Oktober.

Wie nunmehr feststeht, hat der Vorsitzende des Sondergerichts Münster den Termin zur Verhandlung gegen die Herberner Raubmörder Beisemann und Piekenbrink auf Freitag, den 4. November, angesetzt.

Urteile des Sondergerichts Münster.

Es war keine Staatsaktion.

△ **Münster**, 11. Oktober.

Unter der Anklage des Landfriedensbruchs hatten sich vor dem münsterischen Sondergericht die Arbeiter Franz H., Karl D., Richard H., sowie der Maschinist Johann L. aus Gronau zu verantworten. Am 28. Juli führten die Nationalsozialisten in Gronau eine Grenztagung durch. Da man befürchtete, daß die Kommunisten diese stören würden, wurde ein Kommando der münsterischen Schutzpolizei nach Gronau in einer Stärke von 25 Mann entsandt, das für Ruhe und Ordnung sorgte. Störungsversuche der Vormittagskundgebung erstickten im Keime und auch die Abendversammlung verlief infolge der besonderen Vorsichtsmaßnahmen vollkommen ruhig. Als jedoch nach Schluß der Veranstaltungen die Nationalsozialisten nach Hause zogen, beobachtete man Trupps von Kommunisten, die aber durch die Streifen der münsterischen Schutzpolizei zerstreut wurden. Es erfolgten auch einige Festnahmen und diese Festgenommenen hatten sich jetzt als Angeklagte zu verantworten. Bei dem Angeklagten H. fand man eine Reitpeitsche, die dieser zu seiner „Selbstverteidigung" bei sich führte, und bei dem Angeklagten D. sogar einen Revolver mit nicht weniger als 27 Patronen. Die Verhandlung ergab nicht, daß die Angeklagten sich an irgendwelchen Zusammenrottungen beteiligt hatten. Der Angeklagte L., welcher der SPD. angehört, war einem Genossen zu Hilfe geeilt, der auf einen schwerkriegsbeschädigten Nationalsozialisten, welcher sich auf dem Nachhausewege befand, eingeschlagen hatte. Das Gericht verurteilte H. zu drei Monaten und D. zu fünf Monaten Gefängnis. H. erhielt eine Geldstrafe von 30 Mark und L. wurde freigesprochen.

Böse Messerstecherei.

In einer weiteren Verhandlung vor dem Sondergericht Münster hatten sich die Arbeiter Franz Ke., Johann W., Schreiner Klemens B. und Weber Bernhard Kr. aus Gronau wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Die Angeklagten befanden sich in der Nacht zum 14. August auf dem Nachhausewege und wurden von zwei anderen Arbeitern, die Räder bei sich führten, überholt. Ein Wort ergab bald das andere, und es waren keine zwei Minuten vergangen, als sich die angetrunkenen vier Angeklagten und die beiden Radfahrer gegenseitig in den Haaren lagen. Der Ruf der beiden Radfahrer: Nacht Kinners! war für die Angeklagten eine große Beleidigung gewesen und deshalb gingen sie gegen die andern vor. Einer der Angegriffenen rief: Zurück oder ich schieße, griff in die Tasche und holte ein Kammetui hervor, das bewirkte, daß nun auch zunächst die Angeklagten einige Schritte zurückgingen. Als sie nun aber merkten, daß es mit der Waffe doch nicht ernst war, stürzten sie sich gemeinschaftlich auf die Beiden. Mit Messern bewaffnet, versetzten sie den Radfahrern ganz gefährliche Stiche, die eine monatelange Behandlung im Krankenhaus notwendig machten. Selbst als die Angegriffenen schon am Boden lagen und sich nicht mehr wehren konnten, wurde auf sie eingestochen, geschlagen und getreten. Das Gericht erkannte gegen Ke., der nicht bestritt, mit dem Messer gestochen zu haben, auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen W. auf 9 Monate Gefängnis, gegen B. auf 6 Monate und gegen Kr. auf 1 Jahr Gefängnis.

200 Prozent Zinsen gefällig?

Wirklich, das Angebot, welches der frühere Akquisiteur Hermann Schw. als Geldverleiher den Geldsuchern machte, war alles andere als verlockend. Aber die Leute, welche seine Hilfe in Anspruch nahmen, fragten erst in zweiter Linie nach den Zinsen, die gefordert wurden; ihnen kam es nur auf das Bargeld an. Hinterher allerdings, da machten sie große Augen. Der Angeklagte verstand es ausgezeichnet, die Notlage der Mitmenschen auszunutzen. Durch Anzeigen in der Zeitung kam er auf den Gedanken, sich als Geldverleiher zu betätigen. 1500 Mark Betriebskapital aus ersparten und zinslos geborgtem Gelde standen ihm zur Verfügung. Er schrieb zunächst auf eine Anzeige eines Reichswehrangehörigen und kam auf diesem Wege mit dem Obergefreiten P. in Verbindung, der sich mit ihm wegen Beihilfe zu verantworten hatte. P. borgte sich zunächst von ihm Geld: 90 Mark, die er in 10 Tagen mit 100 Mark zurückzahlen wollte. Er erhielt es, zahlte nicht zurück und lieh es sich immer weiter. P. erzählte von dem Kredit, den er bekommen hatte, seinen Kameraden und da jeder von ihnen wohl Geld gebrauchen konnte, so war der Angeklagte Schw. bald eine vielgesuchte Persönlichkeit, die sich sagte, daß ein Geschäft mit Reichswehrangehörigen immer noch besser als eins mit Zivilpersonen war. Der Angeklagte Schw. hatte sich mittlerweile eine genaue Statistik und eine Darlehnsliste zusammengestellt, die ihresgleichen sucht. 200 Mark Darleben auf 10 Monate ergaben für ihn einen Gewinn von 75 Mark. 50 Mark in drei Monaten bei 25 Mark monatlicher Rückzahlung brachten ihm 25 Mark ein. Bei 100 Mark waren es für drei Monate 35, bei 150 Mark 200 Mark, bei 200 Mark 65 Mark, bei 250 Mark 80 Mark. So kam es, daß er in einer ganz kurzen Zeit sein Betriebskapital von 1100 Mark auf 21000 Mark steigern konnte. Das Gericht erkannte gegen ihn auf eine Freiheitsstrafe von 5 Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe und gegen P. auf 3 Monate Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe. Außerdem wurden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von einem Jahre aberkannt. — In einer vorhergegangenen Verhandlung war der Angeklagte Schw. wegen unbefugten Betretens der Militärgebäude zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilt worden.

Vor einem weiteren Skandal in Nordhorn.

Polizeikommissar Ketzler stellt sich dem Gericht.

‡ **Nordhorn**, 11. Oktober.

Noch hat sich die Bevölkerung der Stadt von den ersten Nachrichten über die Unterschlagungen bei der Stadtverwaltung nicht erholt, da kommt schon Kunde von einer neuen Affäre. Der Polizeikommissar Ketzler von der Nordhorner Polizei soll wegen Unterschlagung von Amtsgeldern verhaftet worden sein. Wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, trifft diese Meldung zu. Kommissar Ketzler hat sich freiwillig dem zuständigen Amtsgericht in Neuenhorst gestellt und sich selbst der Unterschlagung bezichtigt und um seine Verhaftung gebeten, die auch sogleich vollzogen wurde. Wenn auch die Unterschlagungen des Kommissars Ketzler nicht die Höhe der Unterschlagungen des Stadtkämmerers — bis jetzt sind 50 000 Mk. festgestellt — erreichen, so ist es doch wahrscheinlich, daß die Stadt wiederum um namhafte Beträge geschädigt wird.

120 Arbeitsdienstwillige an der Dinkelregulierung beschäftigt.

× **Heek**, 12. Oktober.

Die vor mehreren Wochen mit Hilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes begonnene Regulierung der Dinkel unterhalb Heek schreitet günstig vorwärts. Dieses große Projekt soll zum nächsten Frühjahr unter Dach und Fach gebracht werden, was nur mit Einstellung einer großen Arbeiterzahl möglich ist. In Anbetracht der vielen Krümmungen und des lehmigen Bodens machen die Arbeiten große Schwierigkeiten. Das Flußbett wird unten 8,50 Meter und oben 14 Meter breit. Von der 3 Kilometer langen Strecke Stauwerk Nienborg-Stauwerk Heek ist bereits fast ein Viertel fertiggestellt. Die Zahl der Arbeitsdienstwilligen konnte von anfänglich 80 nunmehr auf 120 erhöht werden. Es handelt sich um 16—25jährige Arbeitslose aus Nienborg und Heek, die in verschiedene Abteilungen eingeteilt sind. Sie haben dreimal wöchentlich an den Pflicht-Sportübungen teilzunehmen. Es ist ferner beabsichtigt, sie auch an Kleinkaliber-Schießübungen teilnehmen zu lassen. Die Stimmung unter den Arbeitsdienstwilligen ist durchweg zufriedenstellend.

Allerlei Schmuggelpech.

× **Coesfeld**, 11. Oktober.

Wer regelmäßig den Verhandlungen des Coesfelder Schöffengerichtes beiwohnt, das die weitaus größte Zahl von Schmuggelfällen der münsterländischen Grenze gerichtlich zu erledigen hat, gewinnt manchen interessanten Einblick in das stets auf der Lauer liegende Schmuggelerpech. Gewiß gibt es Fälle, wo man den Schmugglern in der Anklagebank des Schöffengerichtes — sehr oft sind es noch jugendliche, bis dahin unvorbestrafte Leute — ein gewisses Mitempfinden nicht versagen kann, weil sie glaubhaft dartun, aus bitterer Not gehandelt zu haben. So mußte z. B. das Coesfelder Schöffengericht am heutigen Dienstag zwei junge Burschen aus Borken bezw. Heiden, die mit 17 bezw. 19 Jahren auf Grenzschmuggel gegangen waren, um, wie sie angaben, ihren Angehörigen in bitterer Not zu helfen, mit den hohen gesetzlichen Strafen von 50 000 Reichsmark Geldstrafe, ersatzweise 50 Tage Haft, sowie einem Monat Gefängnis (der Jugendliche jeweils die Hälfte) heimschicken. Derartige Strafen erscheinen um so höher, wenn man bedenkt, daß die gesetzliche Strafe für den Grenzschmuggel eines Rindes heute etwa 800 Mark beträgt, obschon ein geschmuggeltes Rind an volkswirtschaftlichem Wert bezw. Schaden doch sicher nicht geringer einzuschätzen ist, als einige Pfund Tabak oder Kaffee.

Doch sieht man von solchen Fällen ab, so gibt es besonders im nahen Industriegebiet zahlreiche Existenzen, die es verstehen, sich aus dem volkswirtschaftlich so sehr zu verurteilenden Schmuggel ein blühendes Geschäft zu sichern. Daß solchen Berufsschmugglern die ganze Strenge des Gesetzes spürbar gemacht werde, ist eine selbstverständliche Forderung. Aber neben diesen gesetzlichen Strafen haben die nächtlichen Schmuggler oft noch andere sehr empfindliche Bußübungen zu verrichten, die dem nüchternen Gerichtssaal manchmal eine fast amüsante Note geben können.

Wie mag es beispielsweise jenem Schmuggler zu Mute gewesen sein, der sich in seiner Gefahr, mit schwerem Tabakballen erkannt zu werden, kurzerhand entschloß, in die kühlen Fluten der Schlinge bei Südlohn hinabzusteigen, bis die lauernde Gefahr der Grenzbeamten vorüber sei. Doch mit den Geschickes Mächten . . . Man kann sich die Gefühle des Wassermannes vorstellen, als er nach stundenlangem Harren in naßkalter Pein plötzlich einen Zollbeamten an der nahen Uferböschung erspäht. Den Kopf kann man zwar für kurze Zeit untertauchen, aber der in dem Uferschilf versteckte Tabak wäre verdorben gewesen, wenn er hätte in die Fluten hinabgemußt. Doch ach, der Grenzbeamte erspäht den wohlgefüllten Ballen und will ihn des Erfolges froh auf seine Schulter nehmen, als er — nicht wenig erstaunt — die Beobachtung machen muß, daß an dem ungewöhnlich schweren Tabakballen ein triefender Schmuggler hängt, der vergeblich über eine Stunde im Wasser gesessen hatte.

Nicht viel besser erging es einem Schmuggler, der heute vor dem Coesfelder Schöffengericht zu 33 200 Mark Geldstrafe, ersatzweise 33 Tage Gefängnis, sowie außerdem zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Dieser Schmuggler war aus Wesel nach Bocholt gefahren, um von dort aus mit anderen hinter der Grenze in Suderwick einzukaufen. Weil der Schmuggelgang auf offener Straße auch zur Nachtzeit gefährlich ist, risklerte man eine „Wasserwanderung", d. h. man watete bis an den Rauch durchs Wasser der Aa, um auf diesem ungewöhnlichen Wege mit seiner Schmuggelbeute „landen" zu können. Aber auch die Grenzbeamten und ihre Hunde sind nicht wasserscheu. Und so nützte es den nächtlichen Wasserwanderern nichts: wenn sie auf ihrer Flucht selbst bis an den Hals durchs Wasser wateten, sie mußten ihre Beute halt „schwimmen lassen", und der eine, den man stellen konnte, wird nach der feuchten Episode nun noch einige Zeit trocken sitzen müssen.

*

△ **Münster**, 10. Okt. **Großer Herbst-Meisterkursus der Handwerkskammer.** Wie uns die Handwerkskammer mitteilt, können zu dem allgemeinen Meisterkursus Teilnehmer nicht mehr zugelassen werden. Der nächste Kursus dieser Art beginnt im Januar. Auf Antrag der Innungen, Innungsausschüsse, Gesellenvereine usw. können gleiche Kurse auch an anderen Orten des Kammerbezirks veranstaltet werden. Im Rahmen dieses großen Herbst-Meisterkursus werden auch wieder Fachkurse anberaumt. Ein Fachkursus für Elektriker beginnt voraussichtlich Ende Oktober und wird Sonntagvormittags im Gesellenhause abgehalten. Samstag, den 15. Oktober, nimmt ein Fachkursus für Schmiede seinen Anfang. Er wird an sechs Samstagen, abends von 7,45 bis 9,45 Uhr, gleichfalls im Gesellenhause stattfinden. Des ferneren sind angesetzt ein Kursus für Herrenschneider, der Montags und Samstags, von 8,30 bis 12,30 Uhr, gehalten wird und Montag, den 24. Oktober beginnt, sowie ein Kursus für Damenschneider, der Montags und Samstags, von 2 bis 6 Uhr, abgehalten wird und Montag, den 31. Oktober, seinen Anfang nimmt. Der erste dauert etwa sechs Wochen, der zweite etwa fünf Wochen. Für diese und noch nicht festgelegte Fachkurse für andere Handwerke nimmt die Handwerkskammer noch Anmeldungen entgegen.

‡ **Münster**, 11. Okt. **Tödlicher Unfall.** Montag gegen 17,30 Uhr ereignete sich auf der Eisenbahnstraße ein bedauerlicher Verkehrsunfall. Auf dem Bürgersteig der betreffenden Straße spielten mehrere Kinder mit einem Kreisel. Nach einem Antrieb sprang der Kreisel vom Bürgersteig auf den Fahrdamm. Ein sechsjähriges Mädchen lief dem Kreisel nach und geriet unter einen vorbeifahrenden Kraftwagen. Das Kind wurde überfahren und erlitt schwere Verletzungen, an deren Folgen es im Laufe der Nacht verstorben ist. Die Ermittlungen über die Schuldfrage sind noch nicht abgeschlossen. Dem Vernehmen nach soll der Kraftfahrer schuldlos sein.

‡ **Lengerich**, 11. Okt. **Großfeuer.** Bei dem schweren Gewitter, das am Sonntag nachmittag über Hohne niederging, wurde durch Blitzschlag das Anwesen des Kolon Mundus in Brand gesetzt. Unter größten Mühen konnte durch die Nachbarn ein erheblicher Teil des Mobiliars gerettet werden. Die Feuerwehr der Wickingwerke, die gerade in Lengerich weilte, und Wickingwerke, die gerade in Lengerich weilte, und kämpfen, das allerdings in den Erntevorräten reichlich Nahrung fand. Das Hauptgebäude brannte vollständig nieder, die Nebengebäude konnten, obwohl auch sie schon in Brand standen, gerettet werden. Nach zweistündiger Arbeit konnte die Lengericher Wehr zu ihrem jäh unterbrochenen Stiftungsfest zurückkehren. Die Brandwache übernahm die Wickingwehr. Der recht erhebliche Schaden soll größtenteils durch Versicherung gedeckt sein.

‡ **Telgte**, 11. Okt. **Blutige politische Zusammenstöße auch in Telgte.** In der Nacht zum Dienstag kam es auf der Ritterstraße zu einer blutigen Schlägerei zwischen einigen Nationalsozialisten und Andersgesinnten. Wir erfahren dazu folgendes: Mitglieder der vor kurzem in Telgte errichteten SA.-Gruppe kamen am Montag abend spät von einer Veranstaltung in Ostbevern. Einige von ihnen kehrten noch in der Wirtschaft Rumphorst ein. Eine Gruppe von 3 Leuten, darunter zwei uniformierte Nationalsozialisten, S. und N. von hier, begab sich gegen 3 Uhr auf den Heimweg. Auf der Ritterstraße, in Höhe des „Judengängskes", hörte S. plötzlich ein Geräusch, und kaum wandte er sich um, als er auch schon mit einem Knüppel einen Schlag über den Kopf erhielt. Er konnte seinem Angreifer den Knüppel entreißen und teilte nun seinerseits freigebig Hiebe aus, wobei der andere, der später als der Arbeiter B. aus Telgte erkannt wurde, ziemliche Verletzungen erhalten hat. Dieser machte sich dann mit seinem Komplizen, dem ebenfalls erkannten B. aus Telgte, aus dem Staube. Der Angegriffene S. erlitt von dem ersten Schlag eine Verletzung über dem Auge. Da sich am Dienstag morgen sogleich die Polizei der Sache angenommen hat, dürfte die Angelegenheit noch ein übles Nachspiel haben. Die „Waffen" konnten in Gestalt zweier armdicker Kirschholzknüppel konfisziert werden.

+ **Heessen**, 11. Okt. **Heessens Sorge für den Winter.** Im Sitzungssaale des Amtshauses fand eine wichtige Amts- und Gemeindevertretersitzung statt, die sich unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dransfeld mit der Winterhilfsaktion, mit Steuerfragen und Wohnungsbau beschäftigte. Nach einigen Angelegenheiten, formaler Natur wies der Bürgermeister darauf hin, daß die Zahl der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger ständig zunehme. Es sei daher beabsichtigt, auch in diesem Winter wieder eine Winterhilfsaktion durchzuführen nach dem Muster des Vorjahres. Die private Liebestätigkeit werde sich auch in den Dienst der Sache stellen. Das katholische Pfarramt der Kolonie habe bereits in der Gemeinde Wadersloh eine Sammlung durchgeführt, die das schöne Ergebnis von rund 900 Zentnern Getreide und Kartoffeln einbrachte. Auch in der Gemeinde Heessen solle wieder gesammelt werden. Bei ausreichendem Ergebnis der Sammlung sollen Kohlen und Kartoffeln und in dringenden Fällen Kleidungsstücke zusätzlich gegeben werden. — Da der Etat der Gemeinde unausgeglichen sei, habe die Aufsichtsbehörde folgende Steuererhöhungen beschlossen: Grundvermögenssteuer von 290 auf 290 % für bebauten Besitz und 260 % für unbebauten. Die Bürgersteuer soll auf den 3½fachen Landessatz erhöht werden. Außerdem wird ab 1. Oktober die Getränkesteuer in Höhe von 10 % eingeführt. Nunmehr hat die Gemeinde ab 1. August die staatlichen Beihilfen erhalten. Der nach dieser Erhöhung der Steuersätze noch verbleibende Fehlbetrag beläuft sich auf rund 95 000 Mk. Weiterhin genehmigte die Versammlung die Aufnahme eines Reichsdarlehens in Höhe von 40 000 Mk. für vorstädtische Kleinsiedlungen. Es ist bereits ein Betrag über 25 000 Mk. für den Bau von 10 Wohnungen abgeschlossen worden. Die Bauarbeiten sind bereits im Gange. Wenn der Regierung weitere Mittel zur Verfügung stehen, rechnet die Gemeinde mit der Zuteilung von weiteren 10 000 Mk. Es sollen dann noch insgesamt 20 neue Bauten ausgeführt werden.

△ **Rheine**, 11. Oktober. **Drei Monate Gefängnis wegen Beleidigung eines Amtsrichters.** Vor dem münsterschen Schöffengericht hatte sich heute der Auktionator Clemens K. wegen Beleidigung des Rheiner Amtsgerichtsrats Koch zu verantworten. Der Angeklagte führte beim Amtsgericht mehrere Prozesse und in seinen Schreiben zu den Prozeßakten erhob er die schwersten Vorwürfe gegen den Amtsgerichtsrat. Als er eine Beschwerde beim Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm losließ, erstattete dieser Strafantrag gegen den Angeklagten, der jetzt zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

+ **Rheine**, 11. Okt. **Einbruchsdiebstahl.** Am Montag früh wurden einem Gastwirt mehrere hundert Mark aus einem in der Wand befindlichen Schrank gestohlen. Der Einbrecher hatte sich in den Morgenstunden, man nimmt an, gegen 6 Uhr, mit einem Dietrich Eingang in das Haus verschafft. Der Gastwirt hat auf die Wiederbeschaffung des Geldes und Ergreifung des Täters eine Belohnung gesetzt. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei in Rheine.

Plaidoyers im Pforte-Prozeß.

◆ **Hagen**, 10. Oktober.

In der Vormittagsverhandlung des Pforte-Prozesses wurde zunächst auf Antrag des Verteidigers der frühere Stadtverordnete Günther vernommen, der aussagte, daß der frühere Oberbürgermeister Cuno ihm am Freitag gesagt habe, daß der Angeklagte nach seiner Meinung subjektiv unschuldig sei. Der frühere Oberbürgermeister Finke bekundete noch, daß, wenn der Angeklagte früher dem Aufsichtsrat dargelegt hätte, daß er zu besonderen Repräsentationszwecken 30 000 Mark brauche, einer Ansicht nach der Aufsichtsrat diese Summe, wenigstens aber 25 000 Mark, bewilligt hätte. Der Prokurist Becker konnte nichts Neues aussagen. Längere Ausführungen machte dann der Sachverständige. Von dem Reichsbankentnahmekonto wurden im ganzen 406 462 Mark abgehoben. Belegt waren nur 111 039 Mark. Im Wege der ermittelten Berechnungen will der Sachverständige noch einen Betrag von 73 236 Mark als belegt gelten lassen, außerdem noch auf Grund der Verhandlung einen Betrag von 55 950 Mark, so daß immer noch 196 210 Mark vollständig in der Luft hängen und sich durch nichts irgendwie nachweisen ließen. Uebergehend zu der Anklage der Bilanzverschleierung führte der Sachverständige noch aus, daß die Forderung von 3,2 Millionen Mark an die Vorortbahn nicht hätte in der Bilanz per 30. Juni aufgenommen werden dürfen, da schon damals feststand, daß die Vorortbahn mit Verlusten arbeitete und das Eigenkapital aufgezehrt worden war. Auch der Aufsichtsrat hätte sich darüber klar sein müssen, daß der Verlust von der Hagener Straßenbahn getragen werden müsse. Bei richtiger Bilanzierung dürfte in den letzten Jahren keine Dividende mehr gezahlt worden sein. Bei einigermaßen flüchtiger Nachprüfung hätte der Aufsichtsrat bemerken müssen, daß 50 Prozent der Gelder die unter sächliche Ausgaben eingesetzt wurden, aus dem Reichsbankentnahmekonto stammten.

In der Nachmittagssitzung stellte der Verteidiger noch einen Beweisantrag, der aber nach Verkündung des Gerichts als unerheblich abgelehnt wurde. Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen und der Erste Staatsanwalt begründete die Anklage unter Berufung. Mit letzterer wollte die Staatsanwaltschaft auch die Bestrafung wegen Betruges und Untreue bezwecken. In der Hauptsache bleibt die Verurteilung auf den Paragraphen 312 und 314 des HGB. Der Vertreter der Anklage beantragte, wegen Vergehens gegen § 312 in Tateinheit mit § 314 HGB. und wegen Betruges und Untreue den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis zu verurteilen und zu prüfen, ob der Haftbefehl nicht wieder in Wirksamkeit treten soll. Der Verteidiger Rechtsanwalt Tüppers-Düsseldorf versuchte in einer dreistündigen Rede, die Anklagepunkte in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht zu widerlegen. Als daraufhin der Erste Staatsanwalt das Wort ergreifen wollte, weiterhin auch der Verteidiger eine Antwort auf die Ausführungen des Staatsanwalts in Aussicht stellte, zog sich das Gericht zurück, um darüber zu beraten, ob die Verhandlung wegen der vorgerückten Stunde zu Ende geführt werden solle. Um 21,30 Uhr beschloß das Gericht, da die Plaidoyers voraussichtlich weitere drei Stunden in Anspruch nehmen würden, eine Vertagung der Sitzung auf Donnerstag vormittag.

Wo redet v. Papen?

Essen scheint sich um den Kanzler zu bemühen.

Der Reichskanzler v. Papen wird bekanntlich am 16. Oktober nach Paderborn reisen, um dort vor Vertretern der Industrie und des Handels zu sprechen. Am selben Tage beabsichtigt der Reichskanzler noch in Dortmund oder in Essen zu reden. Bis zum Augenblick steht aber, wie die „Rheinisch-Westfälische Ztg." am Dienstagabend meldet, noch nicht fest, welcher von beiden Orten endgültig gewählt wird.

Zwar hat der Zweckverband der Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Essen und Münster bereits die Einladungen zu Sonntagnachmittag 17 Uhr ins Stadttheater Dortmund erlassen, aber das schließt ja nicht aus, daß man noch eine örtliche Verschiebung vornimmt. Bei den bekannt guten Beziehungen des Essener Blattes zu Herrn v. Papen darf man den Schluß ziehen, daß Essener Bestrebungen im Gange sind, die zweite Papen-Rede am kommenden Sonntag in Essen steigen zu lassen.

Turnen / Spiel / Sport.

Fußball.

Die westdeutsche Elf gegen Ostholland.

Für das am nächsten Sonntag in Apeldoorn fällige Spiel des WSV. gegen Ostholland ist nun unter stärkster Rücksichtnahme auf einen ungestörten Fortgang der Meisterschaftsspiele folgende WSV.-Elf nominiert worden: Michels (VfB. Bottrop); Graffmann (Meidericher SV.), Schink (VfB. Bottrop); Florx, Euler (beide KBC.), Schaar (Sp. Vg. Herten); Claus (Union Hamborn), Wiegold (Fortuna Düsseldorf), Hutter, Stadler, Heidemann (Bonner FV.).

★

Die Gerätemeisterschaften der D. T.

Wer nimmt teil?

Mehrere Turnkreise haben am Sonntag ihr Ausscheidungsturnen für die DT.-Geräte-Meisterschaften am 12. und 13. November in Berlin durchgeführt. Zur Entsendung nach Berlin wurden ermittelt (in Klammern die bei dem Ausscheidungsturnen erreichte Punktzahl).

Turnkreis Bayern in Regensburg: Kindermann (Mtv. 79-München, 173), Volz (DT. Schwabach, 172), Münder (Tv. 71-Augsburg, 166), Holfelder (Tv. 46-Nürnberg, 164), Lenhart und Christ (beide Mtv. 79-München, je 162), Rößler (Tv. Dörflas, 158), Kurtz (Tv. Dörflas, 155), Geistböck (Tv. 60-München, 154), Wildfeuer (60-München, 147), Jäcklin (Tv. Augsburg, 144), Ganz (Tv. Schirding, 142).

Turnkreis Pfalz in Landau: Lüttinger (Tv. Friesenheim, 179,5), Schnädelbach (TG. Landau, 175), Cürtet (Oppau, 169), Reuter (163), Ersatz: Ebersbach (Oppau, 148,5).

Turnkreis Mittelrhein in Koblenz: Winter (Eintracht Frankfurt, 187,5), Frey (Mtv. Kreuznach, 177,5), Haßler (TG. Bornheim, 166,5), Herrmann (TG. Bockenheim), 161), Genz (TG. Mainz, 160), Helmer (TG. Bornheim, 157,5), Schneider (TG. Hönningen, 155), Müller (Tv. Mainz).

Turnkreis Schwaben in Kornwestheim: Köbler (TSV. Eßlingen, 180), Beckert (Tv. Stuttgart, 175,5), Müleis (TV. Groß-Eislingen, 174,5), Hermann (TV. Ulm, 173,5), Eberle (TV. Groß-Eislingen, 168,75), Reh (Reichsbahn Kornwestheim, 164,75).

Turnkreis Westfalen in Dortmund: Grützelbach (Klafeld, 174), Stutte (Eichen, 168), Trotheim (Dortmund) und Lörsbach (Eichen, je 159,5), Schlosser (Rheine, 148). Da Westfalen acht Turner stellen kann, so werden Platzek, Klinger und Fink gleichfalls in der Mannschaft sein.

Turnkreis Rheinland in Rheydt: Sandrock (Immegrath, 182,5), Rigge (Hasten, 173,5), Brandsatz (Köln-Mülheim, 165), Reinbott (Radevormwald, 162,5), Fleckhaus (Essen, 153), Manns (Alsdorf, 148), Deppe (Essen, 143,5).

Turnkreis Brandenburg in Berlin: Der Kampf brachte noch keine Entscheidung über die endgültige Vertretung. Diese liegt beim Kreisturnausschuß. Die sichersten Aussichten auf die Teilnahme scheinen Wedekind (Tv. Forst 1861, 175), Dietrich (TSV. Schöneberg, 170), Johnke (Tib, 167,5), Fischer (BT., 164) und Kiwaschinski (Guts Muths, 156,5) zu haben.

★

Maßregelung französischer Olympiaschwimmer.

Der französische Schwimm-Verband hat seine beiden Olympiakämpfer im Brustschwimmen, Schoebel und Cartonnet, die in den Vor- bezw. Zwischenläufen ausgeschieden waren, bestraft. Beide wurden wegen unsportlichen Verhaltens für drei Monate suspendiert. In Frankreich geht man sehr streng mit den Aktiven um; vor einiger Zeit ist man in der gleichen Weise gegen die Radfahrer vorgegangen.

Albert Richter startet in Paris.

Am bevorstehenden Sonntag wird es im Pariser Wintervelodrom hoch hergehen. Im Großen Preis der Flieger werden die beiden Deutschen Richter und Engel auf Faucheux, Jall-Hansen, Honeman, Martinetti und Matteini treffen, während der Steherpreis Sawall, Maréchal, Raynaud und Grassin am Start sehen wird.

Keine Hallenrennen in der Jahrhunderthalle.

In diesem Winter sollen in der Breslauer Jahrhunderthalle keine Radrennen abgehalten werden. Bekanntlich hatten die Veranstalter schon im letzten Winter stark unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden.

Schöner Trost!

In französischen Tenniskreisen hat man es immer n nicht fertig gebracht, sich über die Niederlage von Cochet gegen Vines hinweg zu setzen. Wie das in solchen Fällen des öfteren zu sein pflegt, so sucht man auch hier nach allerhand schönen Ausreden und Trostgründen, ohne indes damit etwas an der Tatsache der von Cochet bezogenen Niederlage ändern zu können . . .

Da kam dieser Tage ein ganz Schlauer auf der Suche nach einem Trost zu nachfolgender Betrachtung, die dazu beitragen soll, den Schmerz der Niederlage zu mildern und gleichzeitig neue Zukunftshoffnungen zu entfachen: „Cochet hat zweifellos den großen Fehler gemacht, viel zu abgehetzt und zu spät nach Amerika zu fahren. Wäre er einige Tage später eingetroffen, so hätte er obendrein von Vines Formrückgang profitieren können, der dem Japaner Satoh gerade recht gelegen kam. Aber das ist ja jetzt alles vorbei . . . Cochet ist nicht mehr Weltmeister, doch wissen wir, daß auch Vines nicht gegen Niederlagen gefeit ist. Diese letztere Feststellung verleiht uns die Hoffnung, daß Cochets Chancen im nächsten Jahre aussichtsreich sind!"

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

● **Berlin**, 11. Oktober.

Zu Beginn des heutigen Börsenverkehrs hatte es den Anschein, als ob es wieder eine so außergewöhnlich geschäftslose Börse geben sollte, wie dies gestern der Fall war. Den Erwartungen des Vormittags entsprechend und leicht verstimmt durch die anhaltenden Kursrückgänge in Newyork lagen die Anfangsnotierungen dann in der Regel bis zu 1 Proz., bei Spezialwerten bis zu 2 Proz. niedriger. Rheag waren sogar 3 Proz. gedrückt. Die Zurückhaltung des Publikums und der Spekulation dürfte in der Hauptsache auf die

Unsicherheit hinsichtlich der Weiterentwicklung in der Innen- und Außenpolitik

zurückzuführen sein. Hier und da waren auch kleine Gewinne bis zu 1 Proz. festzustellen, woraus sich die Zufälligkeit der Kursgestaltung erhellt.

Im Verlaufe bröckelten die Kurse zunächst eher weiter leicht ab, dann aber kam, vom Montanmarkt ausgehend, etwas Leben in die Märkte. Das Rheinland bekundete hier etwas stärkeres Interesse für Montane, von denen Harpener 2 Proz., Gelsenkirchen und Rheinstahl je 1,5 Proz. anziehen konnten. Die übrigen Werte dieses Marktgebietes, sowie andere Standardpapiere vermochten daraufhin gleichfalls bis zu 1 Proz. zu gewinnen. Größere Nachfrage bestand auch für Stahlverein und IG. Farben, sowie Mannesmann. Klöckner lagen nach der gestrigen Steigerung heute etwas vernachlässigt. Die Gesamtstimmung wurde durch die Belebung des Geschäftes künstlich beeinflußt.

Man sah der morgigen Papenrede in München mit gewissen Hoffnungen entgegen, beachtete die günstigeren Berichte aus der Eisenindustrie, besprach den bevorstehenden Quartalsbericht des Stahlvereins, dessen Ziffern teilweise schon bekannt sind, und glaubte vor allen Dingen eine innerpolitische Beruhigung feststellen zu können.

Außerdem wurden natürlich bei anziehenden Kursen einige Deckungen notwendig. Deutsche Anleihen, besonders Altbesitz, waren gegen gestern erholt. Festverzinsliche Werte lagen lebhafter und fester. Reichsschuldbuchforderungen gewannen bis zu 0,5 Proz., für Schutzgebiete bestand anhaltend Nachfrage. Von Ausländern waren Bosnier etwas fester, Ungarn schwächer und Rumänen setzten ihre Abwärtsbewegung in beschleunigtem Tempo fort. Hier betrugen die Rückgänge nach anfänglicher Minus-Minus-Notiz bis zu 85 Pfennig. Sonst lagen Ausländer geschäftslos.

Am Berliner Geldmarkt ist die Situation unverändert zu gestern. Tagesgeld war an der unteren Grenze mit 4,25 bezw. 4¾ Proz. erhältlich, während Monatsgeld 5—7 Proz. bedang. In Privatdiskonten war das Geschäft sehr ruhig, doch überwog weiter die Kaufneigung. In Reichswechseln per 10. Januar und Reichsschatzanweisungen, in denen bekanntlich per 15. März eine neue Tranche ausgegeben ist, waren einige Umsätze zu verzeichnen, jedenfalls hält das Interesse für diese Emissionen weiter an.

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	11. 10. Brief	11. 10. Geld	11. 10. bezahlt	10. 10. Brief	10. 10. Geld	10. 10. bezahlt
loko	7.79			7.80		
Oktober	7.62	7.58	—	—	—	—
Dezember	7.63	7.60	—	7.67	7.62	—
Januar 32	7.67	7.65	7.66	7.74	7.70	—
März	7.77	7.75	7.77	7.83	7.81	7.83
Mai	7.87	7.84	7.85	7.94	7.92	7.92
Juli	7.96	7.94	7.95	8.03	8.01	8.03

Tendenz: stetig

Liverpool: Baumwolle

	11. 10.	10. 10.			11. 10.	10. 10.
loko	5.58	5.55	Juni	33	5.30	5.25
Oktober	5.35	5.31	Juli	33	5.30	5.25
November	5.32	5.26	August	33	5.29	5.24
Dezember	5.31	5.24	September	33	5.29	5.24
Januar 33	5.29	5.23	Oktober	33	5.28	5.23
Februar 33	5.29	5.23	Januar	34	5.30	5.28
März 33	5.29	5.23	März	34	5.32	5.27
April 33	5.29	5.24	Mai	34	5.33	5.30
Mai 33	5.30	5.25	Juli	34	5.37	5.32

	11. 10.	10. 10.
Tagesimport	—	—
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt. Upper F. G. fair loko	—	—

Tendenz: stetig

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	11. 10.	10. 10.
Loco Surtee F. G.	5.43	5.40
„ Broach F. G. (Good Staple)	5.12	5.09
„ M. G. Punjab/American F. G.	5.08	5.06
„ Centr. Provinces Oomra Nr. 1	5.31	5.28
„ Bengal F. G.	4.40	4.37
„ Bengal Superfine	4.60	4.57
„ Sind F. G.	4.40	4.37
„ Sind Superfine	4.60	4.57

New Orleans: Baumwolle

	11. 10.	10. 10.		11. 10.	10. 10.
loco	6.70	6.55	März	6.84—85	6.69—6.70
Oktober	6.59	6.44	Mai 33	6.84	6.80
Dezember	6.69—71	6.54—55	Juli	7.02—05	6.89
Januar	6.74—75	6.56	Tendenz:	stetig	

New York: Baumwolle

	11. 10.	10. 10.		11. 10.	10. 10.
loco	6.00	6.65	April	6.88	6.78
Oktober	6.65	6.49	Mai	6.93—95	6.80—82
November	6.67	6.51	Juni	6.97	6.84
Dezember	6.70—72	6.54—6.56	Juli	7.01	6.88—89
Januar	6.76—77	6.61—6.62	August	7.04	6.93
Februar	6.80	6.66	September	7.06	6.95
März	6.84—86	6.71	Tendenz:	stetig	

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	3000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	67000
Zufuhren in Pacific-Häfen	—
Zufuhren im Innern	—
Export nach England	4000
Export nach Frankreich	45000
Export nach dem übrigen Kontinent	45000
Export nach Japan und China	6000
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	—
Fracht für Standard	—

Selve-Werke wieder in Betrieb.

Exportauftrag.

Für die Selve-Werke Akt.-Ges. in Hameln ist es gelungen, einen Exportauftrag von mehreren Millionen Mark hereinzuholen, welcher der Firma Veranlassung geben wird, ihren Betrieb in Kürze wieder aufzunehmen. Es ist beschlossen, die Firmierung in Deutsch-Asiatische Werke Akt.-Ges., Berlin-Hameln, umzuändern. Da es sich bei den in Rede stehenden Aufträgen um ein Industrialisierungsprogramm für das Ausland, welches auf 20 Jahre abgeschlossen ist, handelt, stehen weitere umfangreiche Exportaufträge in Aussicht.

Preisermäßigung für Kupferhalbzeug.

Der Zentralverband der deutschen Metallwalzwerks- und Hütteninduſtrie teilt folgende Aenderungen seiner Verkaufspreise ab 11. Oktober mit: Kupfer: Bleche 84 (zuletzt 85), Rohre 113,50 (114,25), Drähte und Stangen 80,15 (80,90), Schalen 174 (176).

Zusammenfassung von Berliner Hotelunternehmungen.

Die seit Jahren bestehenden Pläne, die gesamten Hotelbeteiligungen der Hotelbetriebs-AG. — Bristol, Kaiserhof, Bellevue, Baltic, Centralhotel —, mit denjenigen der ihr befreundeten Aschingers AG. — Fürstenhof, Palasthotel — einheitlich zusammenzufassen, sind weiter gediehen. Die Hotelbetriebs-AG. hat Vorbereitungen getroffen, den gesamten Fürstenhof-Komplex und das Palasthotel in sich aufzunehmen. Man hofft, nicht unwesentliche Ersparnisse in der Verwaltung der gesamten Hotels erzielen zu können und so der gegenwärtigen Lage des Hotelgewerbes mit dem Zwange zur möglichst sparsamen Betriebsführung am Besten zu entsprechen. Zur Durchführung dieser Maßnahme hat sich die Hotelbetriebs-AG. bereits am Fürstenhof-Komplex in dinglich gesicherter Form beteiligt und hofft, schon in der bevorstehenden GV. nähere Mitteilungen über die Erwerbsbedingungen geben zu können.

Allgemeine Viehzählung.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, am 1. Dezember 1932 eine allgemeine Viehzählung und in Verbindung damit eine Ermittlung der nichtbeschaupflichtigen Hausschlachtungen von Schweinen in der Zeit vom 1. September bis 30. November 1932 durchzuführen. Auf die Zählung von Eseln, Mauleseln und Maultieren, Kaninchen und Pelztieren wird in diesem Jahre verzichtet, dagegen soll die allgemeine Viehzählung auch in Großstädten mit über 100 000 Einwohnern durchgeführt werden.

Geflügelmischfutter.

Bei den Geflügelmischfuttermaßnahmen vom 22. Aug. 1932 war den Hühnerhaltern Gelegenheit zum Bezuge eines verbilligten Hühnermischfutters gegeben, bestehend aus 60 Proz. gebrochenem Auslandsmais und 40 Proz. Weizen. Aus Kreisen der Geflügelwirtschaft war daraufhin der Wunsch laut geworden, neben dem obenbezeichneten Rohgemisch ein weiteres, noch billigeres Gemisch bereitzustellen. Dazu kommt, daß der Preis des von der DGH. für die Schweinemast abzugebenden Roggens auf 140 ℳ je Tonne gesenkt worden ist. Um den Interessen der Geflügelhalter weiter entgegenzukommen als bisher, wird im Rahmen der alten Geflügelmischfuttermaßnahmen außer Mais zum ermäßigten Verkaufspreise nunmehr auch Hafer und Eosinroggen zu verbilligten Preisen zur Herstellung von Mischfutter zur Verfügung gestellt. Hierdurch soll eine weitere fühlbare Verbilligung des Hühnermischfutters herbeigeführt werden.

Märkte.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

◇ **Dortmund**, 11. Okt. Auftrieb: Großvieh 723, darunter: 84 Ochsen, 153 Bullen, 378 Kühe, 88 Färsen, 20 Fresser; Kälber 248, Schafe 50, Schweine 1643. Marktverlauf: Großvieh schleppend, geräumt; Kälber gut, geräumt; Schafe mittel, geräumt; Schweine langsam, geräumt. Es kosteten: Ochsen: a) 29—31, b) 26—28, c) 23 bis 25; Bullen: a) —, b) 21—23, c) 18—20, d) 16—17; Kühe: a) 26—29, b) 23—25, c) 19—22, d) 15—18; Färsen: a) 29—31, b) 25—28, c) 21—24; Kälber: a) —, b) 54—57, c) 44—52, d) 35—42; Schafe: 27—30; Schweine: a) —, b) 43—47, c) 42—47, d) 40—44, e) 38—42, f) —, g) 36—41.

Schweinemarkt Altenessen.

Altenessen, 11. Okt. Auftrieb: Ferkel 800, Läufer 302. Es kosteten: Ferkel: 6—8 Wochen alt 4,5—8 ℳ, 8 bis 12 Wochen alt 8—12 ℳ; Läuferschweine: 3—4 Monate alt Ferkel 12—16 ℳ, 4—6 Monate alt 16—30 ℳ, größere entsprechend höher. Marktverlauf: sehr langsam.

Kölner Schlachtviehmarkt.

◇ **Köln**, 11. Okt. Auftrieb: Großvieh 1435, Ochsen 536, Bullen 273, Kühe 527, Färsen 85, Fresser 14, Kälber 601, Schafe 18, Schweine 3677; Vorverkauf: Großvieh 81, Ochsen 8, Bullen 43, Kühe 22, Färsen 7, Fresser 1, Kälber 160, Schweine 859. Es kosteten: Ochsen: a) 28—32, b) 24—27, c) 20—23; Bullen: a) 22—24, b) 18—21; Kühe: a) 27—30, b) 23—26, c) 18—22, d) 14—16; Färsen: a) 28—32, b) 24—27, c) 20—23; Fresser 17—23; Kälber: a) 58—70, b) 50—55, c) 42—48, d) 35—40; Schweine: a) 45 bis 47, b) 44—47, c) 43—47, d) 40—45, e) —, f) —, g) 34—40. Marktverlauf: Großvieh beste Tiere auch noch höher bezahlt; Kälber ruhig geräumt. Schweine: schwere Fettschweine auch noch höher bezahlt, im übrigen ruhig geräumt.

Frankfurter Schlachtviehmarkt.

× **Frankfurt**, 11. Okt. Auftrieb: Großvieh 1505, Ochsen 398, Bullen 162, Kühe 488, Färsen 394, Kälber 502, Schafe 181. Es kosteten: Ochsen: a) 29—32, b) 25—28, c) 20—24; Bullen: a) 26—28, b) 21—25; Kühe: a) 25—27, b) 21—24, c) 16—20; Färsen: a) 31—33, b) 27—30, c) 22—26; Kälber: a) 41—44, b) 37—40, c) 33—36. Marktverlauf: Rinder ruhig, Ueberstand; Kälber und Schafe rege; ausverkauft.

Schweinemarkt in Cloppenburg.

‡ **Cloppenburg** i. Oldbg., 10. Okt. Auftrieb 686 Stück. Es kosteten Ferkel bis 6 Wochen alt 4—6 Mk., 6—8 Wochen alt 6—8 Mk., 8—10 Wochen alt 8—10 Mk., ältere pro Pfund 25—30 Pfg. Ausgesuchte Tiere über Notiz. Handel langsam. — Nächster Vieh- und Schweinemarkt am Montag, den 17. Oktober, an der Friesoyther Chaussee.

Berliner Schlachtviehmarkt.

× **Berlin**, 11. Okt. Auftrieb: Rinder 2036, Ochsen 796, Bullen 484, Kühe 756, Auslandsrinder 93, Kälber 2242, Schafe 3706, Schweine 12 941. Es kosteten: Ochsen: a) 29—30, b) 26—28, c) 23—25, d) 20—22; Bullen: a) —, b) 26—28, c) 23—25, d) 19—20; Kühe: a) 24—25, b) 20—23, c) 16—19, d) 10—15; Färsen: a) —, b) 25—28, c) 19—23; Fresser 16—22; Kälber: a) —, b) 48—55, c) 38—50, d) 20—30; Schafe: a) 30—31, b) 35—37, c) 33 bis 35, d) 22—27, e) 28—32, f) 14—26; Schweine: a) 47 bis 48, b) 44—46, c) 43—47, d) 38—40, e) 35—37, f) —, g) 38—40. Marktverlauf: Rinder bleibt Ueberstand. Kälber ziemlich glatt. Schafe und Schweine ruhig.

Hamburger Schlachtviehmarkt.

× **Hamburg**, 11. Okt. Auftrieb: Schweine 4697, Kälber 823. Es kosteten: Schweine: a) 45—46, b) 43—44, c) 42—43, d) 38—40, e) 31—35, f) 32—38; Kälber: a) —, b) 52—57, c) 46—49, d) 36—41, e) 18—23. Marktverlauf: Schweine gut; Kälber lebhaft, gute Kälber gesucht, Spitzentiere erzielten Preise über Notiz.

Magdeburger Produktenmarkt.

× **Magdeburg**, 11. Okt. Weizen 76—77 kg 198—200, 73—74 kg 192—194; Roggen 156—158; Hafer 141 bis 143; Viktoriaerbsen 205—220; Weizenmehl 70 Proz. 29 bis 30; Roggenmehl 22,25—23,25; Weizenkleie 9,60—10; Roggenkleie 8,20—8,60. Allgemeine Tendenz: still.

Metalle.

Berlin, 11. Okt. **Elektrolytkupfer** (Wirebars) 54,50 ℳ für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminum 98-99 kg Bl. 160, Aluminium i. Walz. o. Dr. 164, Reinnickel 98-99 kg 350, Antimon-Regulus 37 bis 39, Silber in Barren 900t 38,25—41,50.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 11. Okt. 1932.

(Getreide und Oelsaaten per 1000 kg sonst per 100 kg)

	10. 10.	11. 10.		10. 10.	11. 10.
Weizen märk. neue Ernte	—	—	Weizenmehl Tendenz	—	—
Oktober	—	210¾	Roggenmehl		—
Dezember	216—15⅛	213—11¾	Tendenz		—
März	219—18	216¾—5¼	Weizenkleie		—
Tendenz			Tendenz		—
			Roggenkleie		—
Roggen märk. neue Ernte	—	—	Tendenz		—
Oktober	167¼	165¼—64	Raps		—
Dezember	168¼—67¾	165—64⅛	Tendenz		—
März	171⅛—17⅛	168¼—7⅜	Leinsaat		—
Tendenz			Tendenz		—
			Viktoriaerbs	22—25	22—25
Gerste			kl. Speiseerbs	—	—
Braugerste	—	—	Futtererbsen	14—17	14—17
Futtergerste	—	—	Peluschken	—	—
Wintergerste	—	—	Ackerbohnen	—	—
Tendenz			Wicken	17—20	17—20
Hafer märk.	—	—	Lupinen blau	—	—
Oktober	—	143¼—43	gelbe	—	—
Dezember	—	—	Serradella alt	—	—
März	—	—	neu	—	—
Tendenz			Rapskuchen	—	—
			Leinkuchen	10.3—10.5	10.3—10.5
Mais Waggon frei ab Hamburg	—	—	Trockenschn.	9.2—9.4	9.2—9.4
Tendenz			Soyabohnen ab Hamb.	10.5	10.6
			Soyabohnen ab Stettin	11.3	11.4
			Kartoffelflock.	—	—

Amtliche Rauhfutter-Notierungen

(Per 50 Kilogramm frei Waggon ab märkische Station)

Roggenstroh drahtgepreßt	0.65—0.80	bindfadengepr. Roggenstroh	0.50—0.70
Weizenstroh drahtgepreßt	0.45—0.60	Weizenstroh	0.45—0.55
Haferstroh drahtgepreßt	0.45—0.60	Häcksel	1.30—1.45
Gerstenstroh drahtgepreßt	0.45—0.60	Heu handelsübl.	—
Roggenlangstr.	0.70—0.90	Heu, gutes	1.90—2.15
		Thymotee, lose	2.20—2.50
		Kleeheu	2.00—2.30
		Heu drahtgepreßt	40
Weizenausfuhrscheine			2. Hälfte Okt. 141 bez.
Weizenausfuhrscheine			per Nov. 141½ bez.
Weizenausfuhrscheine			per Dez. 143 bez.
Roggenausfuhrscheine			Okt. 105 bez. u. Brief
Roggenausfuhrscheine			—
Roggenausfuhrscheine			—
Gerstebezugsscheine			—
Maisbezugsscheine			60 Brief

Geschäftliches.

114 Millionen kommen zur Verlosung in der Preuß.-Süddeutschen Staats-Lotterie. Schon nächste Woche, am 21. und 22. Oktober, ist die Ziehung der 1. Klasse. Alles Nähere ersehen Sie im Inserat der heutigen Ausgabe der Staatlichen Lotterieeinnahme Jülicher, Dortmund, nur Münsterstraße 7. Worauf wir unsere verehrten Leser ganz besonders hinweisen.

Deutsche Industrie bevorzugt holländische Schiffslinien.

Ein Mahnruf aus Schiffahrtskreisen.

Die Zahl der regelmäßig ab Hamburg fahrenden holländischen Linien ist überraschend groß; nicht weniger als 17 holländische Linien beengen mit etwa 450 Abfahrten im Jahr das Tätigkeitsfeld der alteingesessenen deutschen Linien, welche nach sämtlichen von den Holländern ab Hamburg befahrenen Richtungen seit langen Jahren einen gewinnbringenden Dienst unterhalten. Die deutschen Linien fahren bekanntlich ohne staatliche Subvention und sehen sie durch die zum großen Teil mit Subventionen fahrenden ausländischen Reedereien in ihrem ureigensten Interessengebiet mehr und mehr bedroht. Unter den 17 Linien seien erwähnt: die Koninklijke Nederlandsche Stoomboot Maatschappij N. V., welche jährlich etwa 70 Expeditionen ab Hamburg nach Westindien und Süd-Pazifik vornimmt, die Rotterdam—Südamerika-Linie (van Nievelt, Goudriaan u. Co. 's Stoomvaart-Maatschappij N. V.), welche mit etwa 25 Expeditionen nach Südamerika vertreten ist. Drei andere holländische Reedereien fahren gemeinsam nach Niederländisch-Indien und haben gleichfalls etwa 25 Expeditionen jährlich zu verzeichnen. Auch Afrika wird von den holländischen Reedern mit einbezogen; mit 40 Abfahrten jährlich werden West-, Süd- und Ostafrika bedient, und nach dem Fernen Osten sendet die Holland—Ostasien-Linie alle vier Wochen eines ihrer Schiffe.

Zusammengefaßt ergibt sich, daß ab Hamburg jeden zweiten Tag drei holländische Schiffe mit überwiegend deutscher Ladung abgefertigt werden, so daß man ohne Uebertreibung von einer deutschen Alimentation der holländischen Schiffahrt sprechen kann. Die Frachten ab Hamburg sind bekanntlich entweder in Dollars oder in Pfunden zahlbar. Die Frachtbeträge, welche durch die holländischen Reedereien den deutschen Linien und damit auch dem Deutschen Reich in Form von Devisen entzogen werden, belaufen sich in Reichsmark ausgedrückt auf viele Millionen, Summen, welche sehr, sehr wesentlich zur Aktivierung der deutschen Handelsbilanz hätten beitragen können, sofern die Ladung statt den holländischen den deutschen Linien zugeführt worden wäre. Zu berücksichtigen ist hierbei außerdem, daß jene 450 jährlich ab Hamburg fahrenden Schiffe nicht etwa in Ballast, sondern mit Importladung nach Hamburg zurückkehren, welche sie aus aller Herren Länder heranbringen. Der deutschen Schiffahrt und damit zusammenhängend dem Deutschen Reiche entsteht auf diese Weise ein doppelter Verlust; sie werden um die Frachten bezw. Devisen für die ausgehende Ladung ab Hamburg gebracht, und müssen außerdem jenen holländischen Schiffen auch noch die Importladung und die sich daraus ergebenden Vorteile überlassen, so daß abermals viele Millionen Reichsmark der deutschen Volkswirtschaft vorenthalten werden. Dieser enorme Frachten-Ausfall ist für die deutsche Schiffahrt, welche so schwer um ihre Existenz zu ringen hat, um so schmerzlicher, als die deutschen Linien ihre Dienste nach den verschiedenen Richtungen in jahrelanger opferreicher Arbeit aufgebaut haben und sich jetzt in größter Notzeit um die Früchte gebracht sehen.

In diesem Augenblick, in welchem man in Holland eine Boykott-Bewegung gegen deutsche Erzeugnisse propagiert, sollte sich, so schreibt man uns aus Schiffahrtskreisen, die deutsche Industrie, welche den holländischen Linien bisher die Basis für ihre Betätigung in deutschen Häfen schaffte — ganz abgesehen von der Unterstützung durch ab Holland verladenen Güter —, darauf besinnen, daß sie nur ihre eigenen Interessen fördert, wenn sie künftig die deutsche Schiffahrt bevorzugt und durch Zuführung aller Ladung in ihrem schweren Kampf um Sein oder Nichtsein unterstützt.

Mehr als bisher muß innerhalb der deutschen Industrie erkannt werden, wie eng verbunden ihre Interessen mit denjenigen der deutschen Schiffahrt sind, wie sehr die durch die deutsche Schiffahrt hereinzubringenden Devisenwerte dem gesamten Wirtschaftskörper frisches Blut zuführen, welches alle Glieder, Industrie und Schiffahrt mit neuem Leben durchpulst.

Die Grundlage der Damenschneiderei ist ein ordentlicher
Zuschneidekursus
Neue Kurse am Anfang jeden Monats. Ausbildung in Einz- und Zweimonatskursen, vorm. 9—1 Uhr oder nachm. 3—7 Uhr. System ist leicht praktisch u. modern. Für den 1. November werden noch Schülerinnen eingestellt. Weitere Auskunft erteilt die **Prov. Zuschneideschule Geschw. Müller, Münster i. W.**, Windthorststraße 16, am Bahnhof.

Bauinteressenten
die über 30—40% ihres Bauvorhabens verfügen, wollen sich zwecks weiterer Restfinanzierung und unverbindlicher Auskunft wenden an Herrn **Herm. Kleist, Münster i. W.**, Göbenstr 34.

100% mehr Licht od. 50% Stromersparnis d. d. neuen Stromsparer „Era", an jed. Lampe sof. anzubringen. Unentbehrl. für jedermann. Macht sich bereits im ersten Monat bezahlt. Versandt nur gegen Nachn. Preis einschl. Porto usw. Mk. 1,85 b. 5 St. Mk 1,60. (Vertret. überall ges.) Schreib. Sie noch unt. M T 943 a. d. Zentral-Zeitas.-Büro, Münster.

Tageswirtschaft
la Existenz, in ländl. Industriestadt zu verkauf. **Alois Niewöhner**, Aukt., **Stadtlohn i. W.**

25. Wohlfahrts-Geld-Lotterie
Ziehung am 21. u. 22. Okt. 1932.
Nur Bar-Gewinne, ohne Abzug zahlbar.
2892 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtbetrage von RM. 15000,-
Höchstgewinn 8000,-
1 Hauptgewinn 5000,-
1 Prämie 2000,-
Wohlfahrts-Geld-Lose . . 50 Pfg
Glücksbriefe m. 10 Losen 5,00 Mk. (Porto und Liste 40 Pfg. extra).
Versand nur gegen Nachnahme
Anzeigenverwaltung der Zeno Münster, Lotstraße 33a. Postscheckkonto Dortmund 20726.

Konkurs-Ausverkauf.
Stephan Plaggenborg, Münster.
Nur kurze Zeit!
Ausverkauf sämtl. Lagerbestände!
Paletot-, Ulster-, Anzug- u. Damenstoffe zu 50% u. mehr unter dem regulären Wert.
Verkauf nur Bahnhofstraße 44 II.
Geschäftszeit von 8.30—6 Uhr durchgehend

Von der Reise zurück
Dr. med. Tilling
Facharzt für Haut- und Harnleiden, Röntgen- und Lichtbehandlung.
Münster i. W.,
Rothenburg 5—8.
(Sparkassenneubau).

Billig abzugeben!
Blauer Damen-Mantel m. Opossum, Damen-Mant. m. Pelz, Jackenkleid und verschiedene einfache Kleider, alles Größe 42—44. Damen-Velour-Mantel mit Opossum, Gr. 46—48. Fast neuer Herren-Mantel und Lodenanzug für mittlere bis größere Figur. Händler verbeten. Adresse zu erfahren bei der Anzeig.-Verw. d. Zeno, Münster, Servatiiplatz.

Wer sucht Geld?
für jeden Zweck, Bau- und Kaufgelder, Hypotheken, Darlehn. Zu erfragen **Rheine**, Hammerstenstr. 6 part. Seriöse **Mitarbeiter gesucht.**

Nerzzucht
bringt 100 und mehr Prozent Verdienst. Gebe prima **Zuchttiere** ab. Off. unter D 311 an die Anz.-Verw. d. Zeno, Münster

100 junge reinrassige indische
Laufenten
zu verkaufen.
Schulze Niehoff.
Daldrup b. Dülmen.

Eilt Ziehung I. Klasse nächste Woche 21. und 22. Oktober
PREUSS.-SÜDDEUTSCHE
Staats-Lotterie
LOSE BEI:
Jülicher
Staatl. Lotterie-Einnahme
Dortmund
münsterstr. 7 / Tel. 33582 / Postsch. 2110
Lospreis
per Klasse 5.— 10.— 20.— 40.— RM.

Erfinder Vorwärtsstrebende
Hohe Geld-Belohnung
Näheres kostenlos durch
F. Erdmann & Co. Berlin SW 11

Ertwirtschaft
beste Lage Dortmunds, gegen 10 Mark Bieraufschlag zu verpachten.
Flotte ländliche
Wirtschaft
gegen 10 Mark Bieraufschlag zu verpachten. Alles andere frei. Rückporto.
Rüger, Dortmund,
Königswall 31.
(Auch Sonntags).

Pflanzkartoffeln
Industrie, von anerk. 1. Absaat a. d. Osten.
Rotkraut, Weißkraut, Wirsing, Ferkel billig abzugeben.
Runkel und Steckrüben reihenweise.
Kalitzer, Gut Nevingdorf b. Münster.

Blasenschwäche
Bettnässen. Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben.
Auskunft kostenlos.
Winkler-Versand Nacht. München N 15, Heidekstraße 4.

Bauschule Rastede i/Oldbg. von C. Rohde.
Polierkurse u. Vorbereit. auf d. Meisterprüf., 2 Sem., Progr. fr.

Angebote

Suche ein kath.
Mädchen
als Stütze für landw. Haushalt. Eintritt z. 1. od. 15. Nov. Landwirtstochter bevorzugt. Angeb. unt. D 312 an die Anz.-Verw. d. Zeno, Münster.

Suche zu sofort wegen Kr. und d. fehlg. kath.
Mädchen
nicht unter 20 Jahren, welches auch etwas Kochen kann
Frau Broz, Buchhdlg., Senden i. W.

Nette
Haustochter
19—20 Jahre, frischfröhlich, bei vollem Anschluß gegen fr. Station und Taschengeld für sofort gesucht. Angebote mit Bild unt. Nr. 218 an das Bürgerblatt in Emmerich a. Rh.